

OST Informationen EUROPA

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsmagazin OstContact | 3/4 - 2020



Special Russland: Trotz Gegenwinds - eine historische Energiepartnerschaft

Neujahrsempfang

**Gewicht der EU verschiebt
sich nach Osten**

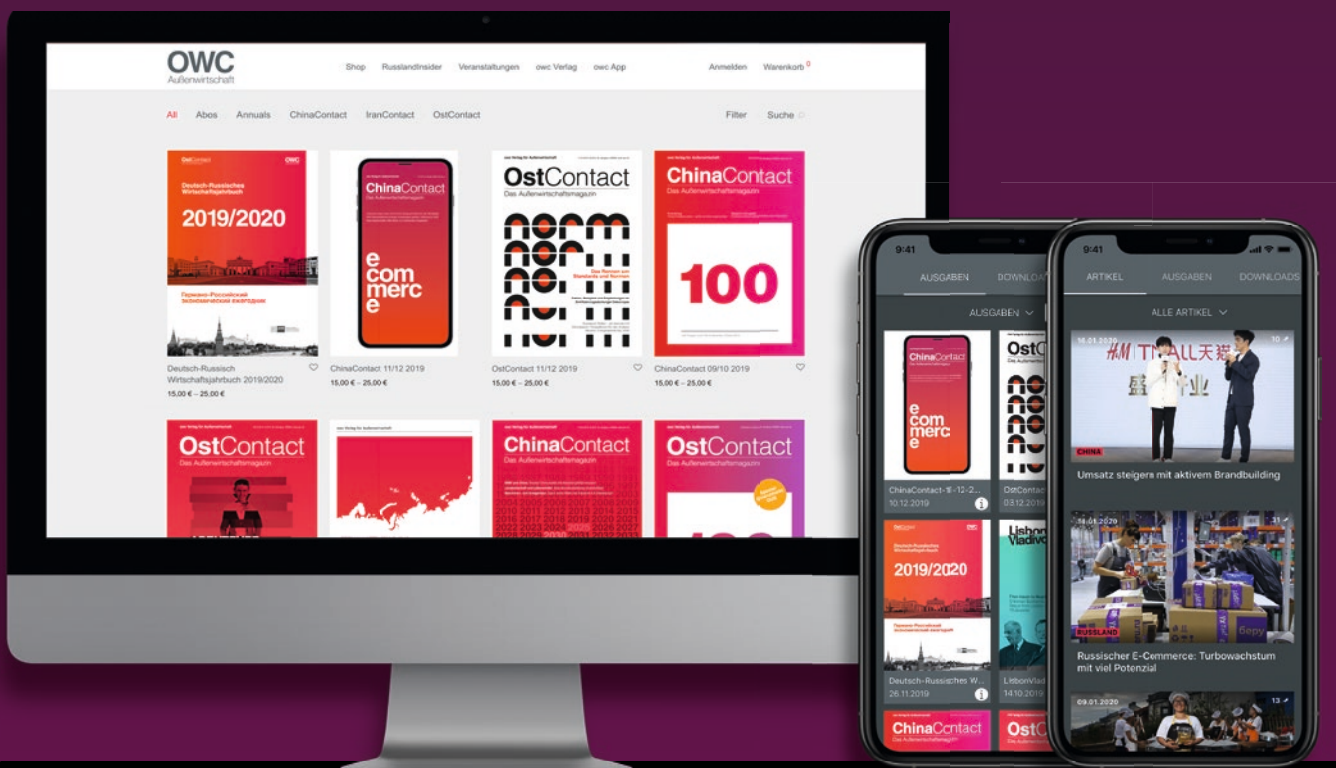
Deutscher Osthandel 2019

**Visegrád-Staaten retten
Exportbilanz**

Mittelosteuropa

**„Grüne Perspektiven“
in Polen**

OstContact, ChinaContact Print, Download Magazine, Abos Schnell und bequem in unserem neuen Online-Shop Mobil und handlich mit unserer App



Shop: shop.owc.de



App: owc.de/app

OWC
Außenwirtschaft

Liebe Leserinnen und Leser,

die Ausbreitung des Corona-Virus hinterlässt seine Spuren auch im deutschen Außenhandel: Lieferketten drohen zu reißen, die Güternachfrage geht vielerorts deutlich zurück, und Reisebeschränkungen erschweren den Abschluss von grenzüberschreitenden Geschäften. Der OAOEV bietet eine **Übersicht zu den Auswirkungen des Corona-Virus** und den Gegenmaßnahmen in den Ländern Mittel- und Osteuropas an. Die aktuelle Version finden Sie auf unserer Homepage (s. S. 23). Da wegen des Corona-Virus fast alle Veranstaltungen abgesagt sind, entfällt diesmal auch unsere gewohnte Terminvorschau auf S. 25.

Die Folgewirkungen der Epidemie auf das deutsche Geschäft mit Mittel- und Osteuropa lassen sich bisher nur schwer einschätzen. 2019 waren die mittel- und osteuropäischen Staaten noch Stützen für den deutschen Außenhandel: Nach den nun vorliegenden Zahlen für das Gesamtjahr 2019 stiegen die deutschen Exporte in die 29 Partnerländer des Ost-Ausschuss - Osteuropaver eins 2019 um knapp sechs Milliarden auf 231 Milliarden Euro – immerhin ein Plus von 2,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2018. Insgesamt wurden mit den Ost-Ausschuss-Ländern Waren im Wert von 461 Milliarden Euro gehandelt. Damit erreicht die Region mittlerweile einen Anteil von 19 Prozent am gesamten deutschen Außenhandel. Einen **ausführlichen Bericht** dazu finden Sie auf S. 8f.

Auch bei den Exporten nach Russland, das im Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe steht, zeigte die Tendenz trotz der weiterhin bestehenden gegenseitigen Sanktionen weiter leicht nach oben. Eine Einschätzung zur **Entwicklung der westlichen Sanktionspolitik aus russischer Sicht** finden Sie in dieser Ausgabe auf S. 12f. Welche **Herausforderungen auf die neue russische Regierung** warten, um die angestrebten wirtschaftlichen Ziele zu erreichen, lesen Sie auf S. 13f. Dies gilt auch für die Landwirtschaft, wo die neue Regierung auf **Selbstversorgung und eine Steigerung des Agrarexports** setzt (S. 16). Mario Mehren, der Sprecher des Arbeitskreises Russland im OAOEV, blickt zurück auf das **50-jährige Jubiläum der deutsch-russischen Energiepartnerschaft** und entdeckt in deren Anfängen einige Parallelen zu heute (S. 10f).

Wir berichten außerdem über den **Neujahrsempfang des OAOEV**, zu dem wir Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und mehrere Minister aus Zentralasien begrüßen konnten (S. 6f). Im Februar nutzte der OAOEV die **Münchener Sicherheitskonferenz** für einige hochrangige Begegnungen mit politischen Vertretern unserer Partnerländer (S. 18). Über die Veränderungen in seinem Land und die **deutsch-usbekischen Wirtschaftsbeziehungen** sprachen wir mit dem usbekischen Botschafter Nabijon Kasimov. Sie finden außerdem Beiträge über die **jüngsten Aktivitäten des OAOEV in Südosteuropa** und eine **Veranstaltung zum nachhaltigen Bauen in Polen** auf der bautec in Berlin.

Übrigens: Falls Sie mit uns in Kontakt treten wollen, besuchen und folgen Sie bitte auch unserer neuen Präsenz bei LinkedIn. Wir freuen uns, wenn Sie dort vorbeischauen!

Eine gewinnbringende Lektüre wünscht Ihnen Ihre Redaktion!

Special Russland

Trotz Gegenwinds: **10**
Eine historische Energiepartnerschaft

Sanktionen gegen Russland: **12**
Eine imaginäre Stabilisierung?

Der Wille zur Veränderung zählt **14**

AG Agrarwirtschaft: **16**
Protektionistische Grundströmung

Russland in Kürze **17**



Foto: Wito

Editorial/Inhalt **3**

Mitglieder-News **4**

Länder-News **5**

Neujahrsempfang: Gewicht **6**
der EU verschiebt sich nach Osten

Osthandel 2019: **8**
Visegrád-Staaten retten Exportbilanz

Sicherheitskonferenz: **18**
Meinungsaustausch in München

Zentralasien: **19**
„Die Wirtschaft entwickelt sich rasant“

Südosteuropa: **20**
Arbeitskreis tagte in Wien

Besuch in Brasov und Bukarest **21**

Mittelosteuropa: **22**
„Grüne Perspektiven“ in Polen

OAOEV in Kürze **23**

Vorstellung neuer Mitglieder **24**

Publikationen **26**

Titelfoto: Verlegung von Erdgasröhren
Foto: Wintershall DEA

MITGLIEDERNEWS

BMW

Der Automobilhersteller BMW hat die **Pläne zum Bau eines eigenen Werkes in Russland vorerst aufgegeben**. Bisher montiert der Münchner Konzern auf dem Gelände des Avtotor-Werks in Kaliningrad importierte teilzerlegte Fahrzeuge. In den vergangenen Jahren war über den Bau eines eigenen BMW-Werkes im Industriepark Chrabrowo unweit des Flughafens von Kaliningrad auf Grundlage eines Sonderinvestitionsvertrages (SPIK) verhandelt worden. Die Verhandlungen wurden nun gestoppt.

Bosch

Der Autozulieferer Bosch hat im Januar in seinem polnischen Werk **in Mirków bei Wrocław eine neue Produktionslinie für Bremskraftverstärker eingeweiht**. Bosch investierte insgesamt 80 Millionen Złoty in die neue Produktionslinie für Bremssysteme für Hybrid- und Elektrofahrzeuge in Polen. Seit 1996 produziert die Bremssystemfabrik in Mirków Aggregate und Komponenten für Bremssysteme für die Automobilindustrie. Die Fabrik beschäftigt über 900 Mitarbeiter.

Deutsche Bahn

Die Deutsche Bahn wird die staatliche ukrainische Eisenbahn **JSC Ukrzaliznyzja (UZ) in den kommenden Jahren in unternehmerischen und technischen Fragen beraten** und unterstützen. Die im Februar unterzeichnete Vereinbarung zur strategischen Partnerschaft sieht vor, UZ in den nächsten Jahren stufenweise zu transformieren – von der Analyse und Reorganisation der verschiedenen Geschäftsfelder bis hin zur Optimierung von Betrieb und Management. Die ukrainische Eisenbahn ist mit 27.000 Kilometern Streckennetz und rund 250.000 Beschäftigten eine der bedeutendsten Bahnen in Osteuropa. Für die Deutsche Bahn wird deren Tochter DB Engineering & Consulting (DB E&C) aktiv.

Deere & Company

Der Landmaschinenhersteller John Deere will 2021 die **Serienproduktion von Trak-**

LOT Polish Airlines

Die polnische Fluggesellschaft LOT hat im Januar angekündigt, den **insolventen deutschen Ferienflieger Condor zu übernehmen**. Der Zusammenschluss von LOT und Condor in der Polish Aviation Group (PGL) soll einen der führenden Luftfahrtkonzerne in Europa mit den Kernmärkten Deutschland und Polen schaffen. Die Transaktion soll im April abgeschlossen sein. Die 1928 gegründete LOT beschäftigt 700 Piloten sowie weitere 1.300 Mitarbeiter und ist in der Star Alliance mit dem Lufthansa-Konzern verbunden. Welche Auswirkungen die Corona-Krise auf die Übernahmepläne haben wird, ist noch unklar.



Fliegen künftig unter einem Dach: LOT und Condor

toren und Mähdreschern in der russischen Region Orenburg aufnehmen. Die erste Testmontage ist für 2020 geplant. Die Niederlassung von Deere & Company in Orenburg produziert derzeit bis zu 350 Einheiten von Saat- und Bodenbearbeitungsgeräten pro Jahr. Nach Abschluss des Projekts wird diese Zahl voraussichtlich bei etwa 1.000 Einheiten pro Jahr liegen.

Thyssenkrupp

Thyssenkrupp Industrial Solutions hat im Dezember von Serba Dinamik International den **Auftrag über das Engineering und die Beschaffung einer modularen Chloralkali-Anlage erhalten**. Die Anlage mit einer Produktionskapazität von 90 Tonnen täglich wird in Usbekistan im Bezirk Hazarasp errichtet. Die neue Anlage in Usbekistan soll unter anderem Natriumhydroxid, Flüssigchlor und Natriumhypochlorit vor allem für den Exportmarkt produzieren. Die Inbetriebnahme ist für das zweite Quartal 2022 geplant. Mit Serba Dinamik arbeitet Thyssenkrupp bereits beim Bau einer weiteren modularen Anlage in Tansania zusammen.

Wintershall DEA

Wintershall Noordzee B.V., ein Joint Venture zwischen Wintershall Dea und Gazprom EP International, hat im Februar die **Gasproduktion im eigenoperierten Sillimanite-Feld aufgenommen**. Das Erdgasfeld, das im Juni 2015 entdeckt wurde, erstreckt sich über Teile des britischen und niederländischen Festlandssockels und liegt rund 200 Kilometer vor der Küste von Den Helder. Neben Sillimanite plant Wintershall Noordzee weitere Investitionen in Aktivitäten in der südlichen Nordsee.



Erdgasförderung in der Nordsee

LÄNDERNEWS

Belarus

Der Interministerielle Ausschuss für Investitions Garantien (IMA) hat im Februar die bestehende Deckungspraxis für Belarus-Anträge bestätigt und Garantieschutz für das bei einem Projekt in Belarus eingesetzte Kapital gewährt. Grundlage für die Übernahme von Investitions Garantien für Projekte in Belarus ist der am 23. September 1996 in Kraft getretene deutsch-belarussische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag (IFV). (DIA-Report)

Georgien

In Georgien ist Anfang Januar ein neues Gesetz über das Eigentum an landwirtschaftlichen Flächen in Kraft getreten, das Ausnahmefälle regelt, in denen Ausländer Eigentum an Agrarflächen erwerben dürfen. Demnach können Ausländer Eigentum an landwirtschaftlichen Grundstücken in Georgien nur im Wege der Erbfolge oder über eine in Georgien gegründete private juristische Person auf Grundlage eines von der Regierung genehmigten Investitionsplanes erwerben. Das Gesetz legt den Grundsatz der rationellen und nachhaltigen Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen fest und soll dem Schutz der nationalen Sicherheit dienen. (GTAI)

Kasachstan

In Kasachstan gelten seit Jahresanfang neue Regeln für Begleitpapiere. Ab sofort gelten Warenbegleitscheine als obligatorische Dokumente („SNT“) für die Steuer- und Zollverwaltung, die den Versand von Waren bestätigen. Sie werden beim Transport, Verkauf und/oder Versand innerhalb Kasachstans, bei der Einfuhr nach und der Ausfuhr aus Kasachstan ausgestellt. Der Begleitschein wird vom Lieferanten oder dem Empfänger der eingeführten Waren über das Modul „Virtuelles Lager“ des elektronischen Zollverwaltungssystems ausgestellt. Die Regeln gelten ab dem 1. April unter anderem für Waren, die den ermäßigten Zollsätzen gemäß den Bedingungen des WTO- Beitritts unterliegen oder die innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion im- oder exportiert werden. (GTAI)

Litauen

In Litauen traten zu Jahresbeginn eine Erhöhung der Einkommensteuer, des Mindestlohnes und der Altersrente sowie die Herabsetzung des Immobiliensteuerfreibetrages in Kraft. Jahreseinkommen von über 110.000 Euro werden ab 2020 mit einem progressiven Satz von 32 Prozent besteuert (bislang 27 Prozent). Die Immobiliensteuer wird jetzt für Objekte mit einem Wert von mindestens 150.000 Euro (bislang 220.000 Euro) entrichtet. Mit Wirkung zum 1. Januar wurde außerdem der monatliche Brutto-mindestlohn von bislang 555 Euro um 9,4 Prozent auf 607 Euro erhöht. (GTAI)



Die Senkung des Steuerfreibetrags für Immobilien wird hauptsächlich Objekte in der Hauptstadt Vilnius betreffen.

Länderrisiken

In ihrer Sitzung Ende Januar haben die Experten der OECD die Länderrisiken von 40 Staaten in Europa, der GUS, dem Mittleren Osten und Nordafrika neu bewertet. Die Länderklassifizierung ist ein Parameter bei der Berechnung des Entgelts für Exportkreditversicherungen. Serbien wurde von Kategorie 5 in 4 hochgestuft. Das Kosovo und die Ukraine

Land	Kategorie	Bisher
Kosovo	6	7
Serbien	4	5
Turkmenistan	7	6
Ukraine	6	7

* Quelle: AGA Report

verbesserten sich in die Kategorie 6 (vorher 7), Turkmenistan wurden dagegen in Stufe 7 heruntergestuft. Die neuen Länder-einstufungen gelten seit dem 7. Februar.

Corruption Perception Index

Die Korruptionswächter von Transparency International haben Ende Januar ihren Corruption Perceptions Index (CPI) 2019 veröffentlicht, der das Ausmaß der Korruptionswahrnehmung in Politik und Verwaltung misst. Der CPI 2019 basiert auf Daten, die in den letzten zwei Jahren gesammelt wurden, und umfasst 180 Länder. In vielen Ländern Osteuropas und Zentralasiens monieren die Korruptionswächter die begrenzte Gewaltenteilung und undurchsichtige Finanzierungen politischer Parteien, sodass die Region insgesamt schlecht abschneidet. Aufsteiger ist Armenien, das gegenüber dem Vorjahr von Platz 105 auf Rang 77 kletterte.

2019	2018	LAND	PUNKTE
1	2	Neuseeland	87
9	11	Deutschland	80
18	18	Estland	74
35	36	Slowenien	60
35	41	Litauen	60
41	36	Polen	58
44	38	Lettland	56
44	38	Tschechien	56
44	41	Georgien	56
59	57	Slowakei	50
63	60	Kroatien	47
66	67	Montenegro	45
66	70	Belarus	45
70	61	Rumänien	44
70	64	Ungarn	44
74	77	Bulgarien	43
77	105	Armenien	42
91	87	Serbien	39
101	93	Kosovo	36
101	89	Bosnien und Herzegowina	36
106	99	Albanien	35
106	93	Nordmazedonien	35
113	124	Kasachstan	34
120	117	Moldau	32
126	152	Aserbaidschan	30
126	120	Ukraine	30
126	132	Kirgisistan	30
137	138	Russland	28
153	158	Usbekistan	25
153	152	Tadschikistan	25
165	161	Turkmenistan	19

*Punkte von Null (hohe Korruptionswahrnehmung) bis 100 (hohe Korruptionswahrnehmung). Quelle: Transparency International

Gewicht der EU verschiebt sich nach Osten

Über 250 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Diplomatie, darunter der Bundeswirtschaftsminister und mehrere Minister aus Zentralasien konnte der OAOEV Ende Januar zu seinem Neujahrsempfang begrüßen.



Der OAOEV-Vorsitzende Hermes (li.) mit Wirtschaftsminister Altmaier (Mitte) und Außenminister Tileuberdi beim Neujahrsempfang.

Der traditionelle Empfang fand in der European School of Management and Technology (ESMT) statt, die im ehemaligen Staatsratsgebäude der DDR am Berliner Schlossplatz ihren Sitz hat. Die Keynotes hielten der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes, Wirtschaftsminister Peter Altmaier und der kasachische Außenminister Mukhtar Tileuberdi.

Zum Auftakt begrüßte Jörg Rocholl, Präsident der ESMT, die Gäste und führte in die Geschichte des Hauses ein, das ab Mitte der 1960er Jahre nacheinander die DDR-Staatsratsvorsitzenden Ulbricht, Stoph, Honecker und Krenz beherbergt hatte und Ende der 1990er Jahre sogar kurzzeitig Amtssitz von Bundeskanzler Gerhard Schröder war.

Hermes: Starke Bedeutung Mittelosteuropas

Der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes, für den es die erste große Rede im neuen Amt war, gab anschließend einen Überblick

über die wichtigsten Entwicklungen in den 29 Partnerländern des Vereins. Hermes konnte neben Altmaier und dem kasachischen Außenminister auch den Außenminister Kirgisistans Chingiz Aidarbekow sowie den usbekischen Gesundheitsminister Alischer Schadmanow unter den Gästen begrüßen und lobte den intensiven Verständigungsprozess in Zentralasien: „Ihre Anwesenheit unterstreicht, wie gut sich in den vergangenen Jahren auch die regionale Zusammenarbeit in Zentralasien entwickelt hat“, sagte er. „Wenn dieser regionale Integrationsprozess weitergeht, bedeutet dies große Wachstumschancen für die deutsche Wirtschaft.“ Hermes kündigte an, dass der OAOEV sich im Rahmen der neuen Zentralasienstrategie der EU engagieren wolle.

Vor dem Hintergrund des Brexits wies Hermes zudem auf die veränderte Statik der EU hin: „Ohne die Briten verschieben sich die Gewichte innerhalb der EU weiter nach Osten und Südosten. Dies kann eine Chance für unsere Ost-Ausschuss-Partnerländer sein,

mehr Verantwortung für dieses gemeinsame Europa zu übernehmen.“ Die wachsende Bedeutung der mittelosteuropäischen Staaten werde auch den deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit der Region noch mehr Gewicht verleihen. Mit den vier Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei handele Deutschland schon heute Waren im Wert von 300 Milliarden Euro – weit mehr als mit den USA oder China. Hermes äußerte auch die Hoffnung, dass es mit dem EU-Vorsitz Kroatiens im ersten Halbjahr 2020 zu einer Neubelebung des EU-Beitrittsprozesses auf dem Westbalkan komme.

Wiederaufbau in der Ostukraine

Ausführlich widmete sich der OAOEV-Vorsitzende den Beziehungen zu Russland und den jüngsten Entwicklungen im Ukraine-Konflikt wie dem Treffen im Normandie-Format im Dezember 2019 in Paris: „Russland muss wieder Teil von Lösungen werden, ohne dass wir politisch in allem überein-

stimmen“, sagte Hermes. Ausdrücklich würdigte er die „konstruktive Rolle“ des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Parallel zu positiven Schritten im Minsker Friedensprozess sollten nun auch Vorbereitungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau getroffen werden. Dazu hatte der OAOEV im Dezember eine Stabilitäts- und Wachstumsinitiative für die Ostukraine vorgestellt.

Zur Verbesserung der Situation trage auch die Einigung auf einen neuen Gastransitvertrag zwischen Russland und der Ukraine Ende Dezember bei. „Trotz der tiefen Wunden von 2014 haben damit die Ukraine und Russland wieder einen Schritt aufeinander zugemacht“, sagte Hermes: „Es war ein wichtiger Schritt für die Länder, und ein großer Schritt für die EU und die europäischen Verbraucher. Denn hier ging es ja nicht zuletzt auch um die europäische Energiesicherheit.“ Hermes dankte in diesem Zusammenhang Minister Altmaier, dessen Pendeldiplomatie dazu beigetragen habe, eine Gaskrise zu vermeiden.

50 Jahre Energiebeziehungen

Zudem sprach sich Hermes für die Fertigstellung der Ostseepipeline Nord Stream 2 aus: „Wir brauchen weiterhin den Gastransit durch die Ukraine, aber ebenso zusätzliche Lieferungen über den kürzeren Weg durch die Ostsee.“ Die Wirtschaft brauche zudem Planungs- und Investitionssicherheit: „Projekte mit russischen Partnern dürfen gegenüber anderen Projekten nicht gezielt benachteiligt werden“, sagte Hermes „Und schon gar nicht darf sich die EU vom US-Kongress ihre Energiepolitik diktieren lassen.“

Der OAOEV-Vorsitzende erinnerte an das 50-jährige Jubiläum der deutsch-russischen Energiebeziehungen in diesem Jahr. Schon damals seien die USA gegen das Erd-

gas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion gewesen, an dem der Ost-Ausschuss beteiligt gewesen sei.

Europäischer Wohlstandsraum

Auch Wirtschaftsminister Altmaier ging auf die langjährige Energiepartnerschaft mit Russland ein. Warnungen vor einer einseitigen Abhängigkeit von Russland bezeichnete er als „Unkenrufe“. „Unabhängig von allen politischen Wechselfällen war die Versorgung mit Gas und die Einhaltung der Lieferverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt gewährleistet“, sagte er. Dies zeige, dass es trotz aller politischer Differenzen gelingen könne, starke Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen.

Altmaier verteidigte einerseits nochmals die Einführung der Sanktionen gegen Russland, diese seien aber kein Allheilmittel. Deutliche Kritik äußerte der Minister an den Sanktionen der USA gegen Russland und den Iran, von denen auch europäische Unternehmen direkt betroffen sind. Dies sei völkerrechtlich hochproblematisch, so Altmaier: „Eigentlich sollen Sanktionen immer

gegen den zu sanktionierenden Partner erlassen werden, und nicht gegen Dritte, die unbeteiligt sind an dem, was gesühnt werden soll.“ Altmaier sicherte der deutschen Wirtschaft Unterstützung bei der Abfederung der Folgen zu.

Altmaier unterstrich ausführlich die Bedeutung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit den Partnerländern des OAOEV, insbesondere auch mit den unmittelbaren Nachbarn der EU im Osten. Er warb für einen „gesamteuropäischen Wohlstandsraum“ und forderte die EU-Mitglieder auf, auch in ihrer Nachbarschaft Verantwortung zu übernehmen. Der Minister plädierte für eine weitere Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa und Zentralasien, die die Bundesregierung unterstütze: „Dazu brauchen wir Mittelständler, die wissen, wie man Geschäfte macht, wie man investiert, und wir müssen Hilfestellung geben, wenn es darum geht, einzelne Probleme zu lösen“, sagte er.

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV



Wirtschaftsminister Altmaier traf sich am Rande des Empfangs mit dem OAOEV-Vorsitzenden und den Ministern aus Zentralasien.

Osthandel 2019: Visegrád-Staaten retten Exportbilanz

Polen und die anderen Visegrád-Staaten bleiben Zugpferde unter den Handelspartnern in Mittel- und Osteuropa. Die Exporte nach Russland wachsen leicht, die Importe sinken.



Die vier Visegrád-Staaten sind Zugpferde für den deutschen Außenhandel. Im Bild: Burg Visegrád in Ungarn

In Zeiten einer Abschwächung der Weltwirtschaft bleiben die mittel- und osteuropäischen Staaten Hoffnungsträger für den deutschen Außenhandel: Nach den nun ausgewerteten Zahlen für das Gesamtjahr 2019 stiegen die deutschen Exporte in die 29 Partnerländer des Ost-Ausschuss - Osteuropaverbands (OAÖEV) um knapp sechs Milliarden auf 231 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Plus von 2,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2018. Anders fällt die Bilanz bei den Importen aus. Diese stagnierten für die Ost-Ausschuss-Länder im zurückliegenden Jahr bei 230 Milliarden Euro.

Damit ist die deutsche Handelsbilanz mit der Region nahezu ausgeglichen. Insgesamt wurden mit den Ost-Ausschuss-Ländern Waren im Wert von 461 Milliarden Euro gehandelt (+1,3 Prozent). Damit erreicht die Region mittlerweile einen Anteil von 19 Prozent am gesamten deutschen Außenhandel.

Starke Ergebnisse in Mittel- osteuropa

„Das Exportwachstum in unserer Region fiel dreimal höher aus als das Wachstum des deutschen Exports insgesamt“, kommentiert der Vorsitzende des Ost-Ausschusses Oliver Hermes die Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die der Ost-Ausschuss nun

ausgewertet hat. „Zugpferd im Osthandel war 2019 einmal mehr Polen, das Großbritannien überholt hat und sich unter den deutschen Handelspartnern an die sechste Stelle verschieben konnte.“

Sowohl die deutschen Exporte als auch die Importe nach Polen legten 2019 um 2,5 Milliarden Euro zu. Insgesamt lag das deutsch-polnische Handelsvolumen 2019 bei 123 Milliarden Euro (+4,2 Prozent). Der Handel mit Tschechien als zweitwichtigstem Markt in der Region betrug 2019 93 Milliarden Euro (+1 Prozent), Russland folgt auf Platz 3 mit 58 Milliarden Euro (-6,5 Prozent), knapp gefolgt von Ungarn mit 56 Milliarden Euro (+4,2 Prozent).

„Polen entwickelt sich zusammen mit den anderen drei Visegrád-Staaten Tschechien, Ungarn und der Slowakei zu einem Impulsgeber für die europäische Wirtschaft“, sagte der Verbandsvorsitzende Hermes. „Auch als Folge des Brexits nimmt die Bedeutung der östlichen EU-Mitglieder für die Innovationskraft der EU stetig zu. Dazu hat die deutsche Wirtschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten in der Region über 90 Milliarden Euro in moderne Produktionsanlagen investiert und die Aus- und Weiterbildung vorangetrieben hat, einen erheblichen Beitrag geleistet. Die Früchte dieser Aufbauarbeit ernten wir jetzt gemeinsam“,

so Hermes. „Der deutsche Handel mit den vier Visegrád-Staaten zusammengekommen übertraf 2019 erstmals die Schwelle von 300 Milliarden Euro. Da können weder die USA noch China mithalten.“

Neue Impulse durch den Green Deal

Zwar sei auch in Mitteleuropa in den vergangenen Monaten eine Abschwächung der Konjunktur zu beobachten, die Aussichten auf neue Wachstumsimpulse seien jedoch gut. Sowohl bei der Stärkung der europäischen Souveränität im IT-Sektor als auch bei der Umstellung der europäischen Wirtschaft auf nachhaltige Energieträger und mehr Energieeffizienz gebe es in Osteuropa erhebliches Potenzial.

„Mit der Umsetzung des Green Deal der EU wird gerade in Mitteleuropa der Modernisierungsdruck steigen. Der Ost-Ausschuss reagiert darauf mit der Einrichtung eines neuen Arbeitskreises Energie- und Nachhaltigkeit, der in den nächsten Wochen seine Arbeit aufnehmen wird“, sagte Hermes. „Der Einsatz moderner Technologien in Mittel- und Osteuropa kann erheblich dazu beitragen, dass die EU ihre ambitionierten Klimaziele einhalten kann. Das Einsparpotenzial für Kohlendioxid ist hier am größten und gleichzeitig am schnellsten zu realisieren.“

Hermes sprach sich dafür aus, in das EU-Klimakonzept auch die östlichen EU Nachbarn von Beginn an miteinzubeziehen. „Es wäre zu kurz gegriffen, wenn der Green Deal der EU an der polnischen Ostgrenze enden würde. Die Nachbarn der Europäischen Union sollten Teil der Lösung sein. Dem Klimawandel zu begegnen und gleichzeitig den europäischen Kontinent wettbewerbsfähig zu halten, wird in der Zusammenarbeit mit Ländern wie der Ukraine, Russland und Zentralasien am besten gelingen.“

Hermes forderte in diesem Zusammenhang auch die entschlossene Realisierung der Pipeline Nord Stream 2 und einen entschiedenen Einsatz der EU gegen die bestehende US-Blockade: „Um die Energiewende einigermaßen kostenneutral zu schaffen, brauchen wir für die Übergangszeit zusätzliches Erdgas. Langfristig kann die Gasinfrastruktur auch für Wasserstoff genutzt werden.“

Russland mit Licht und Schatten

Trotz der weiterhin bestehenden gegenseitigen Sanktionen zeigte 2019 bei den deutschen Exporten nach Russland die Tendenz weiter leicht nach oben. Die deutschen Exporte wuchsen um 650 Millionen Euro (+2,6 Prozent) auf 26,5 Milliarden Euro. 2018 hatte das Plus nur bei einem Prozent gelegen. Ein anderes Bild ergibt sich bei den Importen. Diese sanken um 13 Prozent auf 31 Milliarden Euro. „Dies liegt nicht an einem nachlassenden Interesse an Russland, sondern an zwischenzeitlichen Lieferunterbrechungen aufgrund der Kontaminierung der Druschba-Pipeline sowie an den gesunkenen Beschaffungspreisen für Rohöl und Erdgas“, erläuterte Hermes. „Diese Gründe haben auch bei den Importen aus Kasachstan Bremsspuren hinterlassen.“

Insgesamt lag der deutsch-russische Handel mit einem Jahresvolumen von 58 Milliarden Euro um knapp sieben Prozent im Minus. „Trotz des Lichtblicks im Export können wir das Potenzial der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland weiterhin nicht annähernd ausschöpfen. Wir brauchen dafür eine politische Entspannung und eine Überwindung der Sanktionen“, sagte Hermes. „Russland und die Ukraine haben zuletzt Schritte in die richtige Richtung gemacht. Hier muss jetzt mehr Dynamik hinein. Wir selbst wollen diesen Prozess in den nächsten Wochen durch einen engen Austausch mit Wirtschaftsverbänden in Russland und der Ukraine unterstützen.“

Als sehr erfreulich bezeichnete Hermes in diesem Zusammenhang die wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine. „Der deutsch-

ukrainische Handel hat 2019 sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten um acht Prozent zugelegt. Mit der neuen Regierung ist das Vertrauen in den Investitionsstandort Ukraine gewachsen. Wir freuen uns darauf, die Beziehungen im Rahmen unserer bilateralen Wirtschaftskonferenz im Juni in Lemberg weiter voranzubringen.“ Hermes kündigte zudem an, Mitte März zu Gesprächen nach Kiew zu reisen.

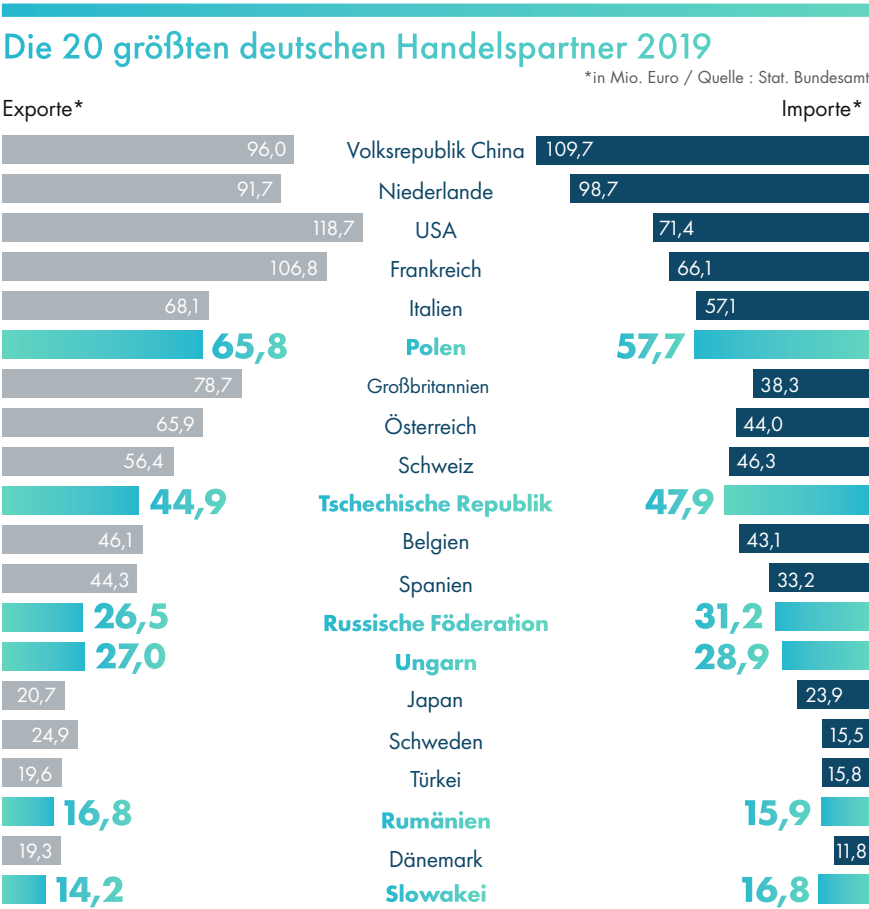
Solide Ergebnisse in Südosteuropa

Der deutsche Handel mit Südosteuropa entwickelte sich auch 2019 leicht überdurchschnittlich. Herausragend war dabei das Ergebnis mit dem EU-Beitrittskandidat Serbien: Der bilaterale Handel stieg um über zehn Prozent auf rund fünf Milliarden Euro. Der Handel mit Nordmazedonien wuchs um neun Prozent auf nun 4,5 Milliarden Euro. Solide fiel die Entwicklung des Han-

dels mit den EU-Partnerländern Rumänien (+1,5 Prozent), Bulgarien (+2,5 Prozent) und Kroatien (+3 Prozent) aus.

Die prozentual größten Zuwächse aller 29 Ost-Ausschuss-Länder konnte 2019 wiederum Usbekistan verzeichnen. Die deutschen Importe kletterten um 15 Prozent, die Exporte gar um 28 Prozent. Hier wirken sich die Reformanstrengungen, die Usbekistan seit 2016 gemacht hat, weiterhin deutlich positiv aus. Allerdings liegt das bilaterale Handelsvolumen noch knapp unter der Grenze von einer Milliarde Euro, das Wachstumspotenzial ist damit für ein Land mit 32 Millionen Einwohnern noch erheblich.

Andreas Metz
Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV



Trotz Gegenwinds: Eine historische Energiepartnerschaft

Vor 50 Jahren wurde der Erdgas-Röhren-Vertrag zwischen der bundesdeutschen Wirtschaft und der Sowjetunion geschlossen – und prägte eine Diskussion, die uns bis heute beschäftigt. Die Ereignisse von damals lesen sich wie ein aktueller Wirtschaftskrimi.



Mario Mehren

Sprecher des Arbeitskreises Russland im OAOEV und CEO von Wintershall DEA

Einen Vertrag, der es in sich hat, unterzeichnen am 1. Februar 1970 westdeutsche Firmen und Banken mit der Sowjetregierung: Die deutsche Seite sagt zu, über eine Million Tonnen Großröhren für den Erdgastransport zu bauen. Moskau verpflichtet sich im Gegenzug, jährlich drei Milliarden Kubikmeter Gas zu liefern. Dieses Erdgas-gegen-Röhren-Geschäft legt den Grundstein für die Energiepartnerschaft zwischen West und Ost, aber auch für politischen Streit. Und beides hält bis heute an.

„Kalkuliertes Tauwetter“

Ein geistiger Vater des damaligen Wirtschaftsdeals ist Bundeskanzler Willy Brandt. Der Vertrag bedeutet kalkuliertes Tauwetter. Wirtschaft als Brückenbauer. Im besten Sinne: Wandel durch Handel. Von Seiten der Wirtschaft wirbt insbesondere der 1952 gegründete Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und sein damaliger Vorsitzender Otto Wolff von Amerongen für diesen Ansatz.

Erst im Jahre 1968 waren Großröhren, bei denen deutsche Produzenten führend waren, auch aufgrund beharrlicher Vermittlungsarbeit des Ost-Ausschusses von der Embargo-Liste der

NATO gestrichen worden. Damit ist der Weg frei für das erste Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion.

Die Unterzeichnung am 1. Februar 1970 nimmt direkt den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 vorweg, der die Serie der Ostverträge der Sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt eröffnet. Warschauer Vertrag (7. Dezember 1970) und Deutsch-Deutscher Grundlagenvertrag (21. Dezember 1972) folgen. Dabei habe sich die Politik die Methodik der Wirtschaft zu Eigen gemacht: Zusammenarbeit statt Konfrontation, erläutert Egon Bahr später den Ansatz der Bonner Entspannungspolitik.

Skepsis in den USA

In den USA wird dieser Ansatz mit Skepsis verfolgt. Bereits 1970 – die Amerikaner, stehen mitten im Vietnamkrieg und im Kampf gegen den Kommunismus – erwägt Präsident Nixon Sanktionen gegen das Energieprojekt. Die Bundesregierung hält jedoch an ihrem Kurs fest. Das ist jedoch längst nicht das Ende der Auseinandersetzungen, sondern der Anfang einer langen Geschichte. Denn Deutschland und Westeuropa investieren in den folgenden Jahren weiter in die Energiepartnerschaft mit dem Osten. Die USA dagegen befürchten während dieser Zeit des Kalten Krieges in jeder Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und Russland einen Verrat am westlichen Bündnis und eine gefährliche Abhängigkeit – zugleich verbunden mit der Hoffnung, die russischen Lieferungen nach Europa durch eigenes, amerikanisches Gas ersetzen zu können.

1982 eskaliert dann der Streit. Die prominentesten Protagonisten: Helmut Schmidt und Ronald Reagan. Nach dem Erfolg der ersten Erdgas-Röhrengeschäfte soll mit einer Pipeline von Sibirien nach Westeuropa durch Polen eine weitere Verbindung geschaffen werden. Deutschland liefert Rohre und Kompressoren im Wert von 20 Milliarden D-Mark und die Sowjetunion liefert im Gegenzug jährlich 40 Milliar-

den Kubikmeter Gas. Die USA protestieren abermals vehement. Schließlich herrscht angesichts des Einmarsches der Russen in Afghanistan und des Kriegsrechts in Polen offene Feindschaft. Was dann geschah, zeigen etwa die Studie „Osthandel oder Wirtschaftskrieg?“ der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung wie auch zahlreiche Zeitungen der damaligen Zeit. Die Ereignisse lesen sich wie ein Wirtschaftskrimi.

In Washington dominieren die Falken

Im Weißen Haus und im Pentagon dominieren die Hardliner und drohen der deutschen Regierung. Die Reagan-Administration untersagt amerikanischen Firmen, ihre Technologie beizusteuern. Der US-amerikanische Außenminister Alexander Haig tritt über diesen Pipeline-Streit zurück. Bundeskanzler Schmidt reagiert mit klarer Kante und ironischem Kommentar auf die US-Einmischung in die europäische Wirtschaft: Immerhin brauche die UdSSR doch westliche Devisen, um in den USA weiter Getreide zu kaufen. Ein Senator aus Alaska schlägt vor, dass die Europäer das russische Gas ersetzen sollten – und zwar durch Gas aus Alaska. Und er fordert, US-Truppen aus Deutschland abziehen, denn die Russen könnten dort jederzeit den Strom abdrehen.

Das alles liest sich aus heutiger Sicht absurd. Aber auf den zweiten Blick zeigt sich, wie ähnlich unsere Situation derzeit ist. Denn auch heute brauchen Deutschland und Westeuropa Erdgas aus Russland, um die Versorgung von Verbrauchern und Industrie zu sichern. Und ebenso, um Kohlestrom durch Gas zu ersetzen und die eigenen Klimaziele zu erreichen. Auch heute sorgt der Ausbau der europäischen Gasinfrastruktur für deutlichen Dissens zwischen der amerikanischen und deutschen Regierung. Damals waren Afghanistan und Polen Kernthemen des politischen Konflikts mit Russland, heute sind es die Ukraine und Syrien. Damals wollten die Amerikaner Gas aus Alaska verkaufen,

heute ist es US-Schiefergas. Die Konfliktlinien zwischen den USA und Westeuropa sind nahezu die gleichen. Die Drohungen der Amerikaner sind ähnlich. Und ebenso unverändert ist, dass Deutschland und Europa gut beraten ist, sich von diesen Drohungen nicht einschüchtern zu lassen.

Russisches Gas für Energiesicherheit und Klimaschutz

Das „Erdgas gegen Rohre“-Abkommen von 1970 war eng verbunden mit einem weiteren wichtigen Schritt unter Willy Brandt: dem ersten energiepolitischen Programm einer deutschen Regierung. Um die hohe Abhängigkeit vom Erdöl und den arabischen Ländern zu mindern, gab die Bundesregierung als Marschrichtung vor: mehr Erdgas und mehr Kernkraft. Dies wurde durch die Ölkrise 1973/74 noch einmal dringlicher. Russisches Gas statt arabisches Öl, so lautete die Devise. Den Wärmemarkt von Öl auf Gas umstellen!

Aber es ging nicht nur um Versorgungssicherheit und die Vorteile diversifizierter Liefer Routen, sondern auch damals schon um Umwelt und Gesundheit. In den Worten Brandts: „Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden“. Schon 1970 verabschiedete sein Kabinett ein Sofortprogramm zum Umweltschutz. Auch hierbei sollten Erdgas und Kernkraft eine zentrale Rolle spielen, weil sie gegenüber der Kohle im Bereich Emissionen punkten. Nun, die Kernkraft ist inzwischen in Deutschland vom Tisch. Umso mehr steht Erdgas heute als Partner der Erneuerbaren im Fokus einer klimaschonenden Energieversorgung. Die Grundidee der Energiewende im Jahr 2011 lautete, Kernkraft und Kohle durch Erneuerbare und Erdgas zu ersetzen. Wir brauchen Gas für den Klimaschutz. Aber woher bekommen wir das Gas, das wir brauchen?

Für eine sichere Versorgung mit Erdgas benötigen wir verlässliche Partner. Das meint die Partnerschaft mit Norwegen. Die gilt in politischer

Sicht als unproblematisch. Das meint aber auch die Partnerschaft mit Russland, die vielen im Westen problematisch erscheint, denn die politischen Beziehungen zu Russland sind frostig. Umso wichtiger ist der Blick auf das, was wir trotz politischer Eiszeit haben und weiter brauchen: eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Pipelinegas als Trumpf

Es ist gut für Europa, dass wir bei Bedarf Flüssiggas aus den USA oder Katar beziehen können. Aber wir sind in der glücklichen Lage, darauf nicht angewiesen zu sein. Denn wir haben, neben der eigenen Gasförderung in der EU, große Produzenten in Pipelinedistanz. Dank Pipelinegas genießen wir in Europa ein recht niedriges Gaspreisniveau. Das ist ein Trumpf, von dem die Verbraucher tagtäglich profitieren, und es stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie gegenüber den Konkurrenten aus Asien und den USA.

In „guten wie in schlechten Zeiten“ war Russland uns ein verlässlicher Energielieferant und

das bereits ein halbes Jahrhundert lang. Ohne Russland gibt es für Deutschland und Europa auch heute keine Energiesicherheit, ob uns das passt oder nicht. Aber ich persönlich bin überzeugt: Das sollte uns passen! Denn, während die Amerikaner warnen, Europa mache sich allzu abhängig von russischer Energie, sehen wir Europäer hier gegenseitige Interessen und damit große Chancen. Europa braucht bezahlbare und saubere Energie, Russland braucht Verkaufserlöse. Politisch mag man das als gegenseitige Abhängigkeit betrachten. Aber aus wirtschaftlicher Sicht ist das ganz einfach die Basis für eine verlässliche Partnerschaft. Denn jede gute Partnerschaft basiert auf gegenseitigen Interessen und Bindungen.

Die deutsche Energiewirtschaft weiß, wie eine unabhängige und wettbewerbsfähige Energieversorgung funktioniert. Und wir wissen aus jahrzehntelanger Erfahrung, wie eine erfolgreiche wirtschaftliche Kooperation dazu beitragen kann, Brücken für Zivilgesellschaft und Politik zu bauen. So wie es auch in den 70er und 80er Jahren funktioniert hat – trotz Gegenwinds.



Im Tausch für Erdgas lieferte Deutschland Rohre an die Sowjetunion.

Sanktionen gegen Russland: Eine imaginäre Stabilisierung?

Sanktionen sind eines der größten politischen Risiken für russische und internationale Unternehmen. Die Denkfabrik Russian International Affairs Council (RIAC) gibt einen Ausblick auf die Tendenzen der Sanktionspolitik im laufenden Jahr aus russischer Perspektive.

Bis Anfang dieses Jahres hat sich die Sanktionspolitik der USA und der EU gegen Russland stabilisiert. Stabilisierung sollte dabei nicht als eine Lockerung bestehender oder dem Ausbleiben neuer restriktiver Maßnahmen verstanden werden. Im Gegenteil, sowohl die amerikanischen als auch die europäischen Sanktionslisten wurden um eine Reihe von russischen Personen und Organisationen erweitert. Zum ersten Mal seit 2014 hat die Sanktionspolitik gegenüber Russland jedoch keine neue Grundlage für eine weitere Verschärfung der bestehenden Sanktionsregime erhalten. Alle neuen restriktiven Maßnahmen standen im Zusammenhang mit bestehenden Problemen in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen.

Am gravierendsten waren die Beschränkungen, die der US-Gesetzgeber im Rahmen des Gesetzes über den Verteidigungshaushalt (Defense Budget Act, NDAA 2020) für russische Exportpipelines verhängt hat. Die Sanktionen gegen Nord Stream 2 waren während des gesamten Jahres 2019 aktiv diskutiert worden, und ihre endgültige Verabschiedung kam weder für Moskau noch für Brüssel und Berlin überraschend, die die einseitigen restriktiven Maßnahmen der USA, die die Interessen europäischer Unternehmen direkt betreffen, heftig kritisiert haben.

Dagegen haben der „Vorfall von Kertsch“ und die zweite Runde der US-Sanktionen im „Skrpal-Fall“ nicht zu ernsthaften Ein-

schränkungen geführt. Eine Änderung von Sherman-Waters zu den Sanktionen gegen russische Staatsanleihen, die im US-Kongress aktiv diskutiert wurde, wurde ebenfalls nicht in den endgültigen Text der NDAA aufgenommen. Schließlich wurde auch das DASKA-Gesetz, das erneut im Kongress eingebracht wurde und mit dem Sanktionen gegen systemrelevante Unternehmen und Branchen angedroht wurden, nicht verabschiedet. Darüber hinaus sah sich DASKA ernsthafter Kritik seitens des US-Außenministeriums ausgesetzt, anders als 2018, als die US-Regierung versuchte, dem Kongress in Bezug auf neue restriktive Maßnahmen gegen Russland „zuvorzukommen“. Nach Ansicht vieler Juristen ist die aktuelle Version des Gesetzes überflüssig, und eine Reihe der vorgeschlagenen Maßnahmen und Verfahren sind entweder nicht durchführbar oder würden der amerikanischen und globalen Wirtschaft schweren Schaden zufügen.

Risikofaktoren 2020

Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass Russland wenig Schaden erlitten hat, was auch ein Ergebnis der relativen Stabilität der politischen Widersprüche der letzten sechs Jahre ist. Die Schlüsselfrage ist, ob die Situation im laufenden Jahr auch relativ stabil bleiben wird. Dies wird vom Stand der Dinge bei zentralen Problemfragen in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, also politische Faktoren, und der

allgemeinen Dynamik in der Entwicklung der Sanktionspolitik abhängen.

Die Lage in der Ukraine

Das Hauptpaket der EU- und US-Sanktionen gegen Russland steht im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt. Die Stabilisierung der Situation in der Ukraine ist der Schlüssel für das Ausbleiben neuer restriktiver Maßnahmen. Der „Vorfall von Kertsch“ wurde durch die Freilassung der inhaftierten Matrosen und die Herausgabe einer Reihe von Schiffen an die ukrainische Seite entschärft. Die Parteien zeigen, dass sie keine ernsthaften Absichten haben, den Konflikt zu eskalieren, da sie sich davon keine „politische Dividende“ versprechen und die Kosten unverhältnismäßig hoch sein könnten. Das jüngste Treffen im Normandie-Format hat bestätigt, dass es keine Alternative zum „Minsker Abkommen“ und der Möglichkeit einer schrittweisen Deeskalation gibt.

Die Stabilisierung der Situation in der Ostukraine bedeutet jedoch keine Lösung des Konflikts. Die Wahrscheinlichkeit neuer „Vorfälle“ bleibt bestehen, was kaum zu grundlegenden Änderungen des Sanktionsregimes führen dürfte. Außerdem bestehen sowohl die USA als auch die EU auf der vollständigen Umsetzung der Minsker Abkommens als Schlüsselbedingung für die Aufhebung der sektoralen Sanktionen. Angesichts der zahlreichen Widersprüche wird der Minsk-Prozess aber weiterhin schwierig umzusetzen sein, sodass es verfrüht ist, über die Aussichten für eine Aufhebung der sektoralen Sanktionen gegen Russland zu sprechen.

Einmischung in die US-Innenpolitik

Im Kontext eines komplexen US-Präsidentenwahlkampfes im Jahr 2020 nimmt das Thema der russische Einmischung einen wichtigen Teil der amerikanischen poli-



Vor allem der US-Kongress treibt die Sanktionspolitik gegen Russland voran.

tischen Debatte ein. Mit dem Näherrücken des Abstimmungstermins werden die Versuche zunehmen, die „russische Karte“ in der US-Innenpolitik zu spielen. Am gefährlichsten scheint die Instrumentalisierung dieses Themas für die Förderung einer Reihe von Gesetzesinitiativen, vor allem für DASKA, zu sein.

Auch sollte die Kritik der US-Regierung an DASKA nicht als Diskrepanz zum Kongress bei der Beurteilung russischer Interventionen wahrgenommen werden. In diesem Fall geht es vielmehr um die Zweckmäßigkeit der Instrumente für den Sanktionsdrucks auf Russland und deren Folgen für die USA, ihre Verbündeten sowie die globalen Märkte. Russland ist nicht an einer weiteren Zuspitzung dieses Themas interessiert, so dass dessen politische Instrumentalisierung nur in den USA selbst und möglicherweise in recht begrenztem Umfang unterstützt wird.

EU- und US-Sanktionspolitik

Im März 2019 richtete das US-amerikanische Office of Foreign Asset Control (OFAC) sechs Koordinierungseinheiten (Strategic Impact Units) für Sanktionen gegen Russland, Nordkorea, den Iran, den Islamischen Staat sowie für Krypto-Währungen, Menschenrechts- und Antikorruptionsfragen ein. Der Zweck dieser Einheiten besteht darin, die behördeninterne Koordination zu stärken und so die allgemeine Wirksamkeit der US-Sanktionsregelungen zu verbessern.

In der EU wurde der EU-Sanktionsmechanismus (Referat FPI5) vom Dienst für Außenpolitik in die Generaldirektion für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und den Gemeinsamen Markt (GD FISMA) verlegt. Diese behördlichen Änderungen haben zwei Ziele. Das erste besteht darin, die wirksame Umsetzung der bestehenden Beschränkungen durch koordinierte Maßnahmen

der EU-Finanzbehörden zu stärken. Das zweite Ziel ist, die wirtschaftliche Souveränität der EU und den Widerstand gegen extraterritoriale Sanktionen durch Drittstaaten zu erhöhen.

Im Jahr 2020 werden sich diese administrativen Veränderungen wahrscheinlich nicht auf Russland auswirken. Im Fall der USA bedeuten sie keine Ausweitung, sondern eine effizientere Handhabung der bestehenden Beschränkungen. Im Fall der EU ist es ebenfalls unwahrscheinlich, dass sie das Risikoniveau für Russland ernsthaft verändern werden.

Die Entwicklung des EU-Sanktionsapparats wird langfristige Folgen in Form einer größeren Kapazität zur Überwachung von Verstößen und zur Bestrafung der Beteiligten haben. Der Erfolg der Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Souveränität der EU ist nicht garantiert. Langfristig bleiben somit die Risiken extraterritorialer Sanktionen der USA gegen gemeinsame Projekte Russlands und der EU wie Nord Stream 2 bestehen.

Die Haltung der Wirtschaft

Große internationale Unternehmen werden ein hohes Maß an Compliance gegenüber den bestehenden Sanktionsregelungen aufrechterhalten. Im Allgemeinen zieht es die Wirtschaft vor, Sanktionen zu befolgen, anstatt sie zu umgehen. Dies gilt insbesondere für das US-Sanktionsregime, da die US-Regulierungsbehörden in der Lage sind, Verstöße zu überwachen. Ein ernstzunehmendes Signal für die Wirtschaft waren zahlreiche Vergleiche über Bußgelder durch das US-Finanzministerium im Jahr 2019 und die Aufnahme der chinesischen Unternehmen Huawei auf die schwarze Liste des Handelsministeriums und der COSCO Shipping Tanker auf die SDN-Liste des US-Finanzministeriums.

Ein wichtiger Faktor für russische Unternehmen ist die übermäßige Einhaltung regulatorischer Anforderungen durch Partner (Over-Compliance), das heißt die Ablehnung von Transaktionen, selbst wenn sie formell erlaubt sind. Im laufenden Jahr wird deren Bedeutung aufgrund der prognostizierten Stabilisierung der Sanktionspolitik gegenüber Russland aber begrenzt sein.

Sanktionsszenarien 2020

Unter Berücksichtigung der oben genannten Faktoren heben wir drei Hauptszenarien für die Entwicklung der Sanktionspolitik gegen Russland im Jahr 2020 hervor. Das erste Szenario, das konventionell als „Stabilisierung“ bezeichnet werden kann, ist das Basisszenario für dieses Jahr. In diesem Szenario ist es möglich, dass neue restriktive Maßnahmen gegen russische natürliche und juristische Personen eingeführt werden, aber die grundlegenden Parameter der Sanktionsregelungen bleiben unverändert.

Das Szenario der Eskalation impliziert eine qualitative Änderung der bestehenden Beschränkungen, etwa die Annahme der DASKA in den USA oder ein neues Paket von EU-Sanktionen, aufgrund einer Verschärfung bestehender oder der Entstehung neuer Gegensätze und Krisen. Schließlich könnte das unwahrscheinlichste Szenario einer Entspannung mit einer schrittweisen Aufhebung oder Lockerung der EU-Sanktionen aufgrund von Teilfortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens verbunden sein. Angesichts der konsequenten Haltung der EU, die Aufhebung der Sanktionen an die vollständige Umsetzung des Abkommens zu knüpfen, scheint dieses Szenario jedoch am schwierigsten zu realisieren sein.

Iwan N. Timofeew, Wladimir A. Morosow,
Julia A. Timofeeva

Russian International Affairs Council (RIAC)

Der Wille zur Veränderung zählt

Auf der neuen russischen Regierung liegen große Hoffnungen, aber auch großer Druck. Sie muss dringend Effizienz und Produktivität verbessern, um die angestrebten wirtschaftlichen Ziele zu erreichen.

Mit dem im Januar neu ernannten russischen Regierungschef Michail Mischustin verbinden sich große Hoffnungen – einerseits auf eine deutlich effektivere Regierungsarbeit, andererseits auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Doch auch der Druck ist groß. Wie gewaltig er sein muss, machen seine Forderungen an die Regierung und die Ministerien deutlich. Keine Schonfrist, keine 100 Tage Eingewöhnung, die Verantwortlichen für die Einhaltung der Ziele der Nationalen Projekte müssen liefern, eventuelle Änderungen in die Gesetzgebung sollen schnellstmöglich eingebracht werden.

Nun muss man sich nicht unbedingt die teilweise quälend langsame Entscheidungsfindung der deutschen Politik zum Vorbild nehmen, aber ein paar Wochen erscheinen für eine fundamentale Neuausrichtung doch sehr ambitioniert. Die Pläne für die Projekte sind nicht neu und der Weg zu deren Umsetzung ebenso wenig. Deshalb lautet die Frage: Kann es gelingen, die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass effektive Ergebnisse erzielt werden? Denn genau daran haperte es bis jetzt.

Effizienz des öffentlichen Sektors stärken

Albert Einstein hat neben der Relativitätstheorie auch die ein oder andere Lebensweisheit hervorgebracht, unter anderem: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Reicht es also, nur mehr und mehr Geld zur Verfügung zu stellen?

Ja, in bestimmten Sektoren spielt die finanzielle Ausstattung eine entscheidende Rolle. Wenn es denn stimmt, dass die wertvollste Ressource der Zukunft Bildung ist, dann muss Russland jedoch deutlich mehr investieren. Bei den öffentlichen Bildungsausgaben belegt das Land in einer entsprechen-

den OECD-Statistik unter 40 untersuchten Industrienationen den letzten Platz. Die privaten Investitionen in Bildung sind allerdings deutlich höher.

Nein, wenn es darum geht, die Gesellschaft und die Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Im Global Competitiveness Report des World Economic Forum liegt Russland auf Position 43. Und in diesem Ranking wird Russland schlechter. Es bildet Soft Skills ab, wie die Arbeit der Verwaltung und der Institutionen, das Zusammenspiel zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die Arbeitsmarktflexibilität, die Finanzierung von Innovationen und die Adaption von technischen Neuerungen. Hier zählt mehr der Wille zur Veränderung als das Geld.

25.700.000.000.000 Rubel

25,7 Trillionen Rubel, eine 25 gefolgt von einer Sieben und elf Nullen. So schwer ist das staatliche Förderprogramm des russischen Staates bis 2024. Über zwölf sogenannte Nationale Projekte wurden und werden gigantische Summen in Humankapital, Wirtschaftswachstum und die Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse investiert. Das ganz große Ziel besteht darin, Russland von einem Emerging Market in ein entwickeltes Industrieland zu verwandeln. Zumindest auf dem Papier liest sich das Programm sehr strukturiert und mit Aussicht auf Erfolg. Das mit großem Abstand meiste Geld – umgerechnet knapp 160 Milliarden Euro – wird in die Infrastruktur gepumpt, gefolgt von Ökologie, Demographie und der Gesundheitsversorgung.

160 Milliarden klingt viel, ist aber nur etwas mehr als Deutschland im Zeitraum 2013 bis 2018 ausgegeben hat. Und hierzulande ist – trotz anderslautender Behauptungen – die Infrastruktur gut ausgebaut.

Vergleichsweise bescheiden nehmen sich die knapp sieben Milliarden Euro für die Förderung des Mittelstandes aus. Noch weniger ist nur für Kultur und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität vorgesehen.

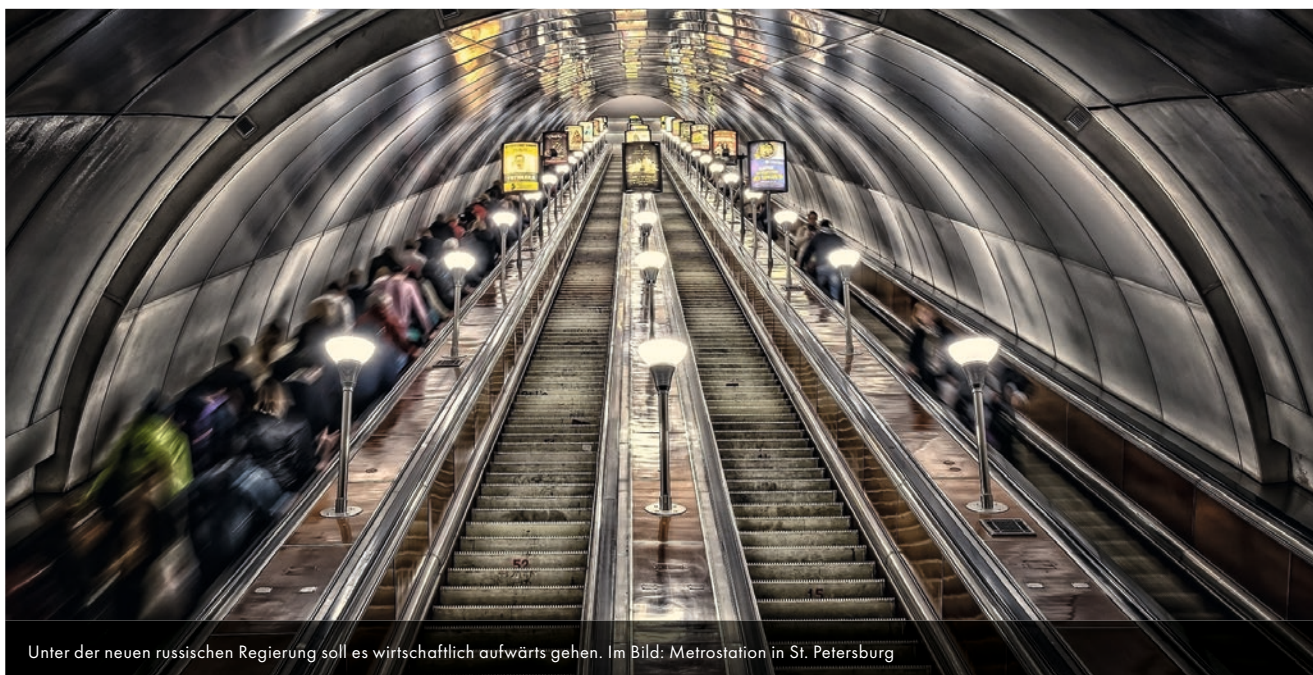
Schwache Produktivität

Und dass, obwohl die Schwäche bei letzterer einer der Hauptgründe für die nur mäßige wirtschaftliche Entwicklung Russlands ist. Laut OECD-Statistik führt Irland die Liste der produktivsten Länder mit einem Koeffizienten von 85,9 vor Norwegen und Luxemburg an, Russland landet mit 24,1 nur unter den letzten vier. Die Gründe für das schlechte Abschneiden sind vielfältig. Einer ist der Mangel an Wettbewerb innerhalb des Landes. Weit über die Hälfte aller Unternehmen ist unter staatlicher Kontrolle, und Staatsunternehmen sind nirgendwo auf der Welt die effektivsten und innovativsten.

Als Regulativ sollen mittelständische Firmen fungieren, aber deren Anzahl schrumpft, und beim besonders relevanten industriellen Mittelstand ist die Not besonders groß. Der föderale Steuerdienst, das russische Finanzamt – und wer sonst könnte es wissen – listet in seiner Statistik für die gesamte russische Föderation 17.045 mittlere Unternehmen auf. Gemeint sind damit Firmen, die 100 und mehr Mitarbeiter beschäftigen. Im gesamten fernöstlichen Verwaltungsbezirk sind es gerade noch 635.

Ein Einwohner pro Quadratkilometer

Nun könnte man argumentieren, dort wohnen auf fast sieben Millionen Quadratkilometern auch weniger als sieben Millionen Menschen, also einer pro Quadratkilometer. Aber selbst, wenn man diese Zahlen zugrunde legt, sind 66.436 Beschäftigte in den mittleren Unternehmen wenig bis sehr wenig. Auf keinen Fall sind es jedoch genug,



Unter der neuen russischen Regierung soll es wirtschaftlich aufwärts gehen. Im Bild: Metrostation in St. Petersburg

um die Basis für eine leistungsfähige Industrie bilden zu können. Aber genau die wäre nötig, um die anspruchsvollen Großprojekte im Fernen Osten und in Sibirien umsetzen zu können.

Die meisten großen Vorhaben sind im Bereich Öl, Gas und Rohstoffe angesiedelt. Aber auch dafür sind hoch spezialisierte und auf höchstem technischem Niveau arbeitende Lieferanten notwendig. Darüber hinaus sind auch Infrastrukturprojekte, neue Standorte der Petrochemie, der Fischereiwirtschaft, die Modernisierung von Krankenhäusern und städtischer Infrastruktur, der Ausbau von Häfen und Werften und anderes geplant. Bezeichnenderweise ist die „Investmentkarte“, in der jedes Projekt akribisch beschrieben ist, neben Russisch

auch auf Englisch, Chinesisch, Japanisch, Koreanisch und Deutsch verfügbar. Vermeintlich diejenigen Länder, aus denen man hofft, die notwendigen Investitionen und das Know-how zu bekommen.

Löwenanteil soll von privaten Investoren kommen

Investitionen sind deshalb von so entscheidender Bedeutung, weil auf der Webseite des Bevollmächtigten des Präsidenten für den Fernen Osten von den errechneten 11,2 Billionen Rubel nur etwa ein Drittel aus dem Budget fließen sollen. Der Rest soll von privaten Investoren kommen. Und das schließt sich der Kreis. Eine der ersten Fragen eines jeden Investors wird die nach der Infrastruktur und den Lieferanten sein. Bei-

des ist in Russland – zumal je weiter man nach Osten kommt – nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

Eines der wichtigsten Motive für deutsche Auslandsinvestitionen in den letzten Jahren war die zu erwartende Kostenersparnis. Zwar liegen die reinen Lohnkosten in Russland deutlich unter denen in Deutschland, was jedoch die Lohnstück- und Zusatzkosten betrifft, ist Russland nicht vorteilhafter als andere Standorte weltweit. Und das wiederum liegt an der mangelnden Arbeitsproduktivität und dem Mangel an Wettbewerb. Es wird also allerhöchste Zeit zu handeln.

Jens Böhlmann

Leiter der Kontaktstelle Mittelstand im OAOEV

Kontaktstelle Mittelstand für Russland

Die Kontaktstelle Mittelstand (KSM) im Ost-Ausschuss - Osteuropaverein nahm im Mai 2013 ihre Arbeit auf. Ziel der Kontaktstelle ist die Unterstützung deutscher mittelständischer Unternehmen, die einen Markteintritt oder den Ausbau ihrer Geschäftsaktivitäten in den durch den OAOEV vertretenen Ländern, insbesondere jedoch in Russland, planen. Die Kontaktstelle liefert entsprechende Informationen, vermittelt Kontakte und flankiert die Vorhaben gegenüber Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft auf der föderalen, regionalen und lokalen Ebene. In besonders komplizierten Fällen ist auch eine direkte Projektbegleitung möglich. Die Kontaktstelle unterstützt aber auch mittelständische Unternehmen aus den Zielländern bei ihrer Geschäftspartnersuche in Deutschland.

📄 Kontakt

Jens Böhlmann
Leiter Kontaktstelle Mittelstand
für Russland

Tel.: +49 30 206167-127
J.Boehlmann@bdi.eu

Protektionistische Grundströmung

Auch die neue russische Regierung setzt auf Selbstversorgung und die Steigerung des Agrar-exports. Diese Ziele wären am effizientesten mittels moderner Agrartechnologien zu erreichen, kollidieren aber mit den protektionistischen Tendenzen.

Mit einem politischen Paukenschlag hat Russlands Präsident Wladimir Putin Ende Januar grundlegende Änderungen der russischen Verfassung angekündigt und in diesem Zusammenhang den Rücktritt der gesamten Regierung unter Ministerpräsident Dmitrij Medwedjew angenommen.

Neuer Ministerpräsident ist der bisherige Leiter der russischen Finanzbehörde Michail Mischustin, der nur teilweise bisherige Regierungsmitglieder wiederberufen hat: Zwar hat Agrarminister Dmitrij Patruschew sein Amt behalten, entlassen wurde jedoch der für Landwirtschaft zuständige, fachlich besonders ausgewiesene Vize-Premierminister Alexej Gordejew, langjähriger Agrarminister und Ex-Gouverneur des Gebiets Woronesch. Als neuer Minister für wirtschaftliche Entwicklung wurde Maxim Reschetnikow berufen, der eine wirtschaftliche Gesundung einleiten soll, während der russische Rubel seit Jahren Schwäche zeigt und nach wie vor wichtige Importe verteuert.

Neue Doktrin

Welche Veränderungen inhaltlicher Natur von der neuen russischen Regierung verfolgt werden, muss naturgemäß zunächst noch abgewartet werden. Doch Ende Januar legte Agrarminister Patruschew eine neue Version der Doktrin zur Ernährungssicherheit Russlands vor. Kernelemente der zuletzt 2010 überarbeiteten Doktrin sind insbesondere die Verringerung von externen Abhängigkeiten, der Schutz russischer Verbraucher und Produzenten sowie die Gewährleistung von Ernährungsunabhängigkeit („Selbstversorgung des Landes mit Grundnahrungsmitteln eigener Produktion“).

Weitere Ziele sind die Ausrichtung der Agrarwirtschaft auf den Export, die „nachhaltige Entwicklung und Modernisierung der Land- und Fischereiwirtschaft samt Veredelung und der Infrastruktur des Binnen-



German Agribusiness Alliance

markts“, die Effizienzsteigerung bei der staatlichen Unterstützung der Agrarwirtschaft, die Entwicklung der Tierproduktion sowie die Verhinderung des Eintrags genetisch veränderter Organismen und anderen illegalen Einfuhren.

Dass diese Ziele am effizientesten mittels moderner Agrartechnologien zu erreichen sind, kollidiert mit der protektionistischen Grundströmung der russischen Agrarpolitik. In seiner ersten Rede vor dem russischen Parlament als neuer Ministerpräsident hatte Michail Mischustin nicht ohne Grund nochmals den Stellenwert von Agrarexporten für Russlands Wirtschaftsleistung unterstrichen: „Das Hauptziel ist jetzt die weitere Ausweitung des landwirtschaftlichen Exportpotenzials, und zwar nicht nur bei Getreide, sondern auch bei anderen Pflanzen und tierischen Produkten.“

Getreideanbau boomt

Bisher entwickelt sich insbesondere der Getreideanbau hervorragend: Nach den jüngsten Zahlen konnte Russland 2019 insgesamt 121 Millionen Tonnen Getreide ernten, 2018 waren es 113 Millionen Tonnen gewesen. Umso schwerwiegender sind die unbestimmten, aber wiederkehrenden Überlegungen zu einer Quotierung der Getreideexporte, wie sie zuletzt Abteilungsleiter Maxim Titow aus dem russischen Agrarministerium im Rahmen des Gaidar Forums 2020 Mitte Januar formulierte und die laut Titow auch auf andere Agrarprodukte aus-

geweitet werden könnten – mit einer solchen Begrenzung verlören die Möglichkeiten des russischen Agrarsektors an Strahlkraft.

Auch der Klimawandel wird für Russland nicht ohne Folgen bleiben, wie aktuell Russlands Nationalplan zur Anpassung an den Klimawandel vom Jahresanfang offiziell festhält. Dort werden immer häufigere und längere Dürreperioden in bestimmten Regionen, extreme Niederschläge, Überschwemmungen und Staunässe des Bodens, die eine Gefahr für die Landwirtschaft darstellen, Störungen des ökologischen Gleichgewichts, einschließlich der Verdrängung von Arten, und die Verbreitung von infektiösen und parasitären Krankheiten befürchtet.

Zeichen auf Modernisierung

Aus wirtschaftlicher Perspektive stehen auch weiterhin alle Zeichen auf der notwendigen, aber auch machbaren Modernisierung von Russlands Agrarsektor. Indem Russland bestehende Handelsbeschränkungen abbaut, kann es direkt von neuen Agrartechnologien profitieren und die selbstgesteckten Ziele auch erreichen. Die German Agribusiness Alliance/Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim OAOEV wird ihre Mitglieder nach Kräften dabei unterstützen.

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführung German Agribusiness Alliance/Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim OAOEV

Russland in Kürze

Mehren in Moskau

Mario Mehren, CEO des Energieunternehmens Wintershall DEA und Sprecher des Arbeitskreises Russland im OAOEV, reiste Ende Februar zu seinem Antrittsbesuch nach Moskau. Gemeinsam mit OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms traf er dabei unter anderem Industrieminister Denis Manturow, mit dem er sich über Investitionsbedingungen in Russland und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der russischen Industrie austauschte. Bei einem Gespräch mit dem CEO der Wneschekonombank Igor Schuwalow standen die Mittelstandsförderung, die Stärkung der Zulieferindustrie und die Förderung des Exports im Mittelpunkt. Mehren traf außerdem den Vize-Minister für wirtschaftliche Entwicklung Aser Talybow und den stellvertretenden Energieminister Anatolij Janovskij. Hier ging es vor allem um die Intensivierung der technologischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland im Rahmen der Deutsch-Russischen Effizienzpartnerschaft.

Ein vorherrschendes Thema bei allen Treffen war die Zusammenarbeit in den Bereichen Klima, Energie und Nachhaltigkeit. Die russische Regierung verfolgt mit großem Interesse die Entscheidungen in der EU rund um den Green Deal. Ökologie, saubere Energie und Landwirtschaft sind Prioritäten der neuen russischen Regierung, die hier an einer intensiven Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen vor allem im Bereich Umwelttechnik interessiert ist. Alle Gesprächspartner boten ihre Unterstützung für den vom OAOEV geplanten Arbeitskreis Energie und Nachhaltigkeit sowie bei der Partnerschaft zum Thema Wasserstoff an, die kürzlich zwischen dem deutschen und russischen Wirtschaftsministerium unterzeichnet wurde.



Mehren im Gespräch mit Vize-Minister Talybow



Der OAOEV im Gespräch mit dem russischen Industrieminister Manturow (re.)

OAOEV traf russische Minister

Mitte Februar trafen Vertreter von rund 20 OAOEV-Mitgliedsunternehmen mit dem russischen Industrieminister Denis Manturow zusammen. Schwerpunkte der Gesprächsrunde waren die Themen Lokalisierung, Energie und Digitalisierung. Der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes sprach sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im IT-Bereich aus. Der Trend zu nationalen Lösungen bei IT-Systemen („Decoupling“) sei für Unternehmen ein Problem und für die wirtschaftliche Entwicklung ein Risiko. Die EU und Russland sollten hier auf gemeinsamen Lösungen setzen, auch um den USA und China einen großen Markt entgegensetzen zu können. Zudem regte Hermes eine deutsch-russische Energie- und Klima-Allianz an.

Diese Themen spielten tags darauf auch beim Treffen des OAOEV-Vorstands mit Maxim Oreschkin, dem neuen Wirtschaftsberater des russischen Präsidenten, eine wichtige Rolle. Man vereinbarte unter anderem, dass der OAOEV das Thema Energie und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt einer Veranstaltung auf dem nächsten St. Petersburg International Economic Forum (SPIEF) stellen wird, das voraussichtlich im Juni 2021 stattfinden wird. Dazu traf sich Harms auch mit dem Vorstandsvorsitzenden und Direktor der Stiftung Roscongress Aleksander Stuglev. Die Stiftung ist Partner des OAOEV und Veranstalter der SPIEF. Am Vormittag hatte Oreschkin bei einem Treffen mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier die Gründung einer „deutsch-russischen Arbeitsgruppe zur künftigen Energiepolitik“ vereinbart, wie im Rahmen der 7. Russland-Konferenz von DIHK und AHK Moskau bekannt geworden war, an der beide als Sprecher teilnahmen. Met

Bußgeldtatbestände für Datenverstöße erweitert

Insgesamt sind die Datenschutzregelungen ähnlich streng wie in der EU. Hinzu kommt, dass Daten russischer Bürger auf Servern in Russland gespeichert und verarbeitet werden müssen. Nur mit Zustimmung der jeweiligen Person dürfen Personaldaten auch auf ausländischen Servern gespeichert werden. Ausländische Unternehmen, die sich

hieran nicht halten, können vom RU-Netz ausgeschlossen werden. Dezember 2019 wurde das Ordnungswidrigkeitengesetz geändert und neue Bußgeldtatbestände für Datenschutzverstöße eingeführt. Danach können insbesondere für Verstöße gegen das Personaldatenschutzgesetz bei der Erfassung, Systematisierung, Sammlung, Speicherung sowie der Aktualisierung personenbezogener Daten russischer Staatsbürger erhebliche Bußgelder verhängt werden. (Brand & Partner)

Meinungsaustausch in München

Wie jedes Jahr nutzte der OAOEV die Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar, um hochrangige Regierungsvertreter aus seinen Partnerländern zu treffen und dabei Themen der bilateralen Wirtschaftszusammenarbeit zu diskutieren.



Der OAOEV-Vorsitzende Hermes (3.v.re.) beim Unternehmerfrühstück mit Außenminister Maas (4.v.re.).

Dazu gehörte das schon traditionelle Unternehmerfrühstück des OAOEV mit den Außenministern Deutschlands und Russlands Heiko Maas und Sergej Lawrow. In seiner Begrüßung wies der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes darauf hin, dass die wirtschaftlichen Kooperationsmöglichkeiten weiterhin sehr stark von den politischen Rahmenbedingungen beeinträchtigt seien. „Neu aber ist, dass wir in den vergangenen Monaten doch konkrete Schritte zurückgelegt haben, die uns für 2020 etwas zuversichtlicher stimmen lassen“, sagte Hermes mit Blick auf den Normandie-Gipfel in Paris und den neuen russisch-ukrainischen Gastransitvertrag.

Hermes bot einen Beitrag der Wirtschaft zur Lösung der Konflikte etwa in der Ukraine an. „Wir müssen auch zu einem ernsthaften Austausch über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Wladiwostok bis Lissabon kommen“, sagte er: „Getrennt werden es weder die EU noch Russland schaffen, gegen die Aufteilung der Welt durch Chinesen und Amerikaner ein wirksames Gegenmittel zu entwickeln.“ Der OAOEV-Vorsitzende erinnerte an das 50-jährige Jubiläum der deutsch-russischen Energiepartnerschaft und warb dafür, die erfolgreiche Energiezusammenarbeit zu einer deutsch-

russischen Allianz zur Lösung der Klimafrage weiterzuentwickeln.

Belarus als Tor nach Eurasien

Der OAOEV-Vorsitzende traf in München zudem den belarussischen Außenminister Wladimir Makej zu einem Meinungsaustausch. Makej unterstrich das Interesse seines Landes an einem Ausbau der Beziehungen zur EU, auch um den Einfluss Russlands und Chinas auszubalancieren. Belarus wolle bei seiner wirtschaftlichen Entwicklung von Deutschland lernen. Makej kündigte eine beschleunigte Privatisierung an. Auch der belarussische Außenminister sprach sich für einen gemeinsamen eurasischen Wirtschaftsraum aus. Sein Land könne dabei als „Tor zum eurasischen Markt“ dienen.

Oliver Hermes kam außerdem noch mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Ludovic Orban zu einem kurzen Meinungsaustausch zusammen.

Treffen mit Dodon, Paschinjan und Aliyev

Anders als Belarus unterhält die Republik Moldau bereits ein Assoziierungsabkom-

men mit der EU, das das Land näher an die Gemeinschaft heranführen soll. Zwei Drittel der moldauischen Exporte gehen bereits in die EU, nur noch neun Prozent nach Russland. Bei einem Treffen mit OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms unterstrich Präsident Igor Dodon die Bedeutung der EU für sein Land im Rahmen einer ausbalancierten Außenpolitik. Große Chancen für die deutsche Wirtschaft eröffneten sich beim Ausbau der Infrastruktur, in der Luftfahrt und im IT-Sektor, der bereits wichtiger als der traditionell starke Weinbau geworden sei. Deutsche kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) seien zudem in den Sonderwirtschaftszonen willkommen. Ende März organisiert der OAOEV eine Delegationsreise nach Moldau.

Bei einem Treffen von Harms mit dem armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan wurde vor allem das Potenzial der Wirtschaftsbeziehungen in den Bereichen Digitalisierung, Landwirtschaft und Ernährungsindustrie sowie Textil- und Schmuckherstellung hervorgehoben. Beide vereinbarten für Oktober die Organisation des Zweiten Deutsch-Armenischen Wirtschaftsforums, das in diesem Jahr in Jerewan stattfinden wird.

Zu einem wirtschaftspolitischen Austausch traf Harms auch den Präsidenten von Aserbaidshan Ilham Aliyev. Aserbaidshan verbindet mit Deutschland und Europa enge Beziehungen im Energiebereich. Neben der Fortführung dieser Energiepartnerschaft ist Aserbaidshan bestrebt, die Diversifizierung seiner Wirtschaft voranzutreiben. Harms vereinbarte mit Aliyev die Fortführung des Dialogs und die Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in diesen Bereichen.

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV

„Die Wirtschaft entwickelt sich rasant“

Usbekistan gehörte in den letzten Jahren weltweit zu den Reformvorreitern: Die OEI sprachen mit Botschafter Nabijon Kasimov über die Veränderungen in seinem Land und die deutsch-usbekischen Wirtschaftsbeziehungen.



Herr Botschafter, Usbekistan hat vor drei Jahren einen intensiven Reformprozess eingeleitet. Welches sind die wichtigsten Wirtschaftsreformen?

2017 hat Usbekistan die Strategie für umfassende Wirtschaftsreformen verabschiedet, die darauf abzielt, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu verbessern, die notwendigen Bedingungen für die Geschäftstätigkeit zu schaffen und die Offenheit und Attraktivität Usbekistans sicherzustellen. Insbesondere wurden beispiellose Schritte zur Liberalisierung des Finanz- und Bankensektors, des Steuersystems und der Zollverfahren unternommen.

Die Reformen betrafen alle Aspekte der Wirtschaftstätigkeit, angefangen von der Registrierung eines Unternehmens und der Besteuerung bis hin zur Konvertierung des Gewinns in internationale Währungen und deren Rückführung. Die Regierung hat auch umfassende Maßnahmen zur Entwicklung öffentlich-privater Partnerschaften sowie Strategien zur Steigerung der Effizienz staatlicher Unternehmen eingeführt. Um die staatliche Beteiligung an der Wirtschaft zu verringern und Bedingungen für die Entwicklung des Privatsektors zu schaffen, werden in naher Zukunft mehr als 1.100 Unternehmen mit staatlicher Beteiligung vollständig privatisiert.

Infolge der ergriffenen Maßnahmen stieg Usbekistan im Doing-Business-Ranking der Weltbank unter 190 Ländern von Platz 146 2017 auf jetzt Platz 69. Zum ersten Mal seit zehn Jahren hat sich Usbekistan auch bei der Bewertung des Kreditrisikos durch die OECD verbessert. Die in unserem Land durchgeführten Reformen erhielten auch eine positive Bewertung durch den „Economist“, der Usbekistan 2019 als einen der Top-Ten Reformstaaten zum „Land des Jahres“ ernannte.

Wie entwickelt sich die usbekische Wirtschaft aktuell?

Die Wirtschaft unseres Landes entwickelt sich weiterhin rasant. 2019 betrug das BIP-Wachstum 5,6 Prozent. Die Investitionen in die Wirtschaft nahmen erheblich zu, und das Volumen ausländischer Direktinvestitionen belief sich 2019 auf 4,2 Milliarden US-Dollar, fast vier Mal so viel wie 2018. Im vergangenen Jahr wurden 93.000 neue Unternehmen gegründet, fast doppelt so viele wie 2018. Zum ersten Mal erhielt unser Land eine internationale Bonitätseinschätzung und platzierte erfolgreich Anleihen im Wert von einer Milliarde US-Dollar auf dem globalen Finanzmarkt.

Wie entwickeln sich die deutsch-usbekischen Wirtschaftsbeziehungen?

In den letzten Jahren war die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern von einer erheblichen Dynamik geprägt. Der bilaterale Handel stieg 2019 um 26 Prozent auf 980 Millionen US-Dollar. Es wurden unter Beteiligung von Investoren aus Deutschland 185 Unternehmen gegründet, darunter 58 mit 100-prozentig deutschen Kapital. Es gibt zudem mehr als 50 Repräsentanzen deutscher Unternehmen und Banken in Usbekistan. Gegenwärtig werden in Usbekistan unter Beteiligung deutscher Investoren 70 Projekte mit einem

Gesamtvolumen von mehr als 4,2 Milliarden Euro umgesetzt. Außerdem liegen 15 neue Projekte im Wert von 1,1 Milliarden Euro zur Unterzeichnung bereit.

In den letzten drei Jahren haben deutsche Banken aktiv begonnen, Projekte in Usbekistan zu finanzieren. In diesem Zusammenhang soll das kürzlich eröffnete Büro der KfW in Taschkent die Präsenz deutschen Kapitals in unserem Land weiter stärken.

In welchen Bereichen kann die Zusammenarbeit mit Deutschland noch intensiviert werden?

Ich glaube, dass in fast allen Bereichen der Wirtschaft gute Aussichten vorhanden sind. In diesem Zusammenhang sollen der für Mai geplante deutsch-usbekische Wirtschaftstag mit dem OAOEV in Deutschland sowie eine Delegationsreise deutscher Unternehmen nach Usbekistan im Herbst neue Impulse für die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten geben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich deutsche Firmen und Unternehmen einladen, am ersten Taschkent International Investment Forum teilzunehmen, das unter der Leitung des Präsidenten Shavkat Mirziyoyev vom 11. bis 12. November 2020 in der Hauptstadt Taschkent stattfindet. Es wird erwartet, dass das Forum bis zu 1.500 Vertreter großer internationaler Unternehmen, Finanzinstitutionen sowie kleiner und mittlerer Unternehmen zusammenbringen wird. Das Forum soll eine einzigartige Plattform für die Entwicklung von Beziehungen im B2B- und G2B-Format werden.

Die Fragen stellte
Christian Himmighoffen

**Taschkent International
Investment Forum**
<https://tiif.uz/en>



Arbeitskreis tagte in Wien

Die wirtschaftlichen und politischen Chancen und Herausforderungen in Südosteuropa, insbesondere der Fachkräftemangel, waren Themen bei der Sitzung des OAÖEV-Arbeitskreises in Wien.

Ende Februar trafen sich OAÖEV-Mitgliedsunternehmen, die in Südosteuropa engagiert sind, mit Vertretern bilateraler Wirtschaftskammern zur Sitzung des Arbeitskreises (AK) Südosteuropa in Wien. Gastgeber war AK-Sprecher Janusz Kulik, Vorstand von REWE International, der die Teilnehmer in der Zentrale des Unternehmens begrüßte.

Südosteuropa ist weiterhin eine Wachstumsregion mit Kennzahlen, die deutlich über dem Durchschnitt anderer europäischer Länder liegen. So legte der Warenaustausch mit der gesamten Region im Jahr 2019 um 2,4 Prozent zu und erreichte ein Gesamtvolumen von gut 71 Milliarden Euro. Dies ist ein beeindruckender Wert, auch im Vergleich zum Warenaustausch mit anderen wichtigen Märkten in der Zuständigkeit des OAÖEV wie etwa Russland.

Politische Herausforderungen

Zugleich stehen die Länder der Region vor großen politischen Herausforderungen. So stehen Mitte April vorgezogene Parlamentswahlen in Nordmazedonien an. Dort war die Regierung Zaev Anfang des Jahres zurückgetreten, nachdem es ihr im November 2019 nicht gelungen war, die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der EU zu erreichen – trotz der historischen Leistung, den Namensstreit mit Griechenland gelöst

zu haben. Auch für Albanien gab es kein grünes Licht. In Rumänien sind Parlamentswahlen zu erwarten, ob regulär in der zweiten Jahreshälfte oder vorgezogen noch vor der Sommerpause ist aktuell Gegenstand des politischen Tauziehens in Bukarest. In Serbien wird es Ende April Parlamentswahlen geben

Traditionell lud der OAÖEV wieder Helge Tolksdorf, Leiter des Referats Südosteuropa, EU-Erweiterung und Türkei im Bundeswirtschaftsministerium ein, den Teilnehmern eine Lageeinschätzung zu den Chancen und Herausforderungen in der Region aus Sicht der Bundesregierung zu geben. In seinem Vortrag unterstrich Tolksdorf die aus seiner Sicht weiter steigende Bedeutung der Region für die deutsche Wirtschaft. Dabei muss zwischen den Beziehungen mit den EU-Mitgliedsländern und den Staaten der Region unterschieden werden, die sich im Assoziierungsprozess befinden. Auch Tolksdorf verwies darauf, dass die Wachstumsraten der Länder der Region deutlich über denen anderer Märkte liegen. Rumänien sei dabei der Spitzenreiter, mit einer Wachstumsprognose von etwa vier Prozent für 2020.

Abwanderung von Fachkräften

Die größte Herausforderung für die Region ist ein Thema, das in Deutschland genauso diskutiert wird, wie in den Länderbereichen

des Ost-Ausschusses – die Fachkräftesicherung. Aktuell ist eine Abwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Südosteuropa in andere Märkte zu beobachten. Dies führt bereits in einigen Ländern zu einem Arbeitskräftemangel, der sich auf die Investitionstätigkeiten der Unternehmen auswirkt. Man war sich einig, dass diesem Thema besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden und mit den Regierungen ein Dialog zur Umsetzung von Konzepten zur Fachkräftesicherung in den Herkunftsländern gestartet werden sollte.

Vor diesem Hintergrund wurde dem Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet, das bereits seit 2003 deutschen Unternehmen die praxisorientierte Ausbildung von Nachwuchskräften in Deutschland für einen Einsatz in den Ländern des Westlichen Balkans ermöglicht. Darüber hinaus unterstrichen die Unternehmen ihr Interesse, dass die Regionaldirektion auch weiterhin an Querschnittsthemen wie Rechtssicherheit oder dem Einfluss anderer Akteure wie etwa China auf die politische Entwicklung der Region arbeiten sollte.

Abgerundet wurde die Diskussion mit einem Vortrag von Mario Holzner, dem Chef des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw). Holzner gab den Teilnehmern einen hervorragenden Überblick über die globale Wirtschaftsentwicklung und die besonderen Faktoren, die das Wachstum in Ost- und Mitteleuropa beeinflussen werden.



Sitzung des AK Südosteuropa in Wien.

Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAÖEV

Besuche in Brasov und Bukarest

OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms und Regionaldirektorin Anja Quiring besuchten im Januar Rumänien. Auf dem Programm standen Unternehmensbesuche in Brasov und ein Runder Tisch mit dem damaligen Premier Ludovic Orban in Bukarest.



Der OAOEV zu Besuch bei Airbus Helicopters in Brasov

Mitte Januar reisten der Vorsitzende der Geschäftsführung des OAOEV Michael Harms und die Regionaldirektorin für Südosteuropa Anja Quiring nach Rumänien. Anlass war der alljährlich von der Deutsch-Rumänischen Auslandshandelskammer (AHK Rumänien) in Bukarest organisierte Neujahrsempfang, der mit mehr als 800 Gästen eine einzigartige Möglichkeit bietet, mit deutschen und rumänischen Unternehmen sowie Vertretern der rumänischen Politik ins Gespräch zu kommen.

Rumänien ist für die deutsche Wirtschaft bereits seit Langem ein wichtiger Partner und Standort für Investitionen. Nach Schätzungen der AHK Rumänien sind rund 7.500 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in Rumänien aktiv und haben mehr als 250.000 Arbeitsplätze geschaffen. Dies schlägt sich auch in einem weiterhin steigenden Warenaustausch nieder. So lag das Volumen der zwischen Rumänien und Deutschland gehandelten Waren im Vorjahr bei 32,7 Milliarden Euro – ein Plus von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Rumänien belegt damit Platz fünf unter den 29 vom OAOEV betreuten Ländern.

Besuch in Brasov

OAOEV-Geschäftsführer Harms nutzte die Gelegenheit auch für Unternehmensbesuche und Gespräche in Brasov in der Region Siebenbürgen, wo eine ganze Reihe deutscher Unternehmen Investitionen getätigt haben. Georges Durdilly, Head of Country Romania, begrüßte Harms in den Räumlichkeiten von Airbus Helicopters und informierte über das Engagement von Airbus in Rumänien. Die anschließenden Werksbesichtigungen dort und bei Premium Aero-tec, ebenfalls Teil der Airbus Gruppe, rundeten diesen Besuch ab.

Ebenfalls auf dem Plan stand ein Besuch bei der rumänischen Tochter des Autozulieferers Schaeffler, wo Harms von Standortleiter Poteras Sorin empfangen wurde. Nach einer kurzen Einführung zum Engagement von Schaeffler in Rumänien folgte die Besichtigung der beeindruckenden Anlage mit dem Produktionsleiter. Ergänzt wurde das Programm in Brasov um ein Gespräch mit Christian Macedonschi, dem Stadtrat und Vertreter des Demokratischen Forums der Deutschen in Kronstadt.

In allen Gesprächen spielte die Frage der Fachkräftesicherung eine große Rolle. Die Implementierung der dualen Berufsbildung wie auch Konzepte zur Verbesserung der praxisnahen akademischen Ausbildung sind Themen, die sowohl die Unternehmen als auch die rumänische Politik beschäftigen, wie sich auch in den Gesprächen in Bukarest zeigte.

Runder Tisch in Bukarest

In der rumänischen Hauptstadt organisierte die AHK im Vorfeld des Neujahrsempfangs ein Rundtischgespräch mit deutschen Investoren, an dem auch der damalige amtierende Premierminister Ludovic Orban teilnahm. Ziel des Rundtischgesprächs war der Austausch über die aktuellen Herausforderungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Strukturierung des zukünftigen Dialogs mit der Regierung.

In Gesprächen mit dem deutschen Botschafter Cord Meier-Klodt, dem Leiter der Präsidialverwaltung sowie Vertretern des Kabinetts des Premierministers erörterte Michael Harms mögliche gemeinsame Aktivitäten und anstehende Besuche, wie etwa eine Delegationsreise des OAOEV nach Rumänien noch in diesem Jahr.

Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAOEV

„Grüne Perspektiven“ in Polen

Auf der bautec präsentierte Polen im Februar sein Potenzial im Bereich nachhaltiges und energieeffizientes Bauen. Der Nachholbedarf im Land selbst ist riesig, aber auch der Export floriert.



Regionaldirektor Stadnicki eröffnete das Polen-Forum auf der bautec.

Nahezu unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit sind inzwischen rund 1.000 polnische Firmen in Deutschland vertreten. Dazu zählen beispielsweise der Sportartikelhersteller 4F, der Schuhhändler CCC oder der Tankstellenbetreiber Star. Zu den „Hidden Champions“ gehören auch polnische Bauunternehmen, die ihre innovativen Lösungen in Deutschland anbieten.

Polen exportiert Türen und Fenster

Der Bausektor gehört zu den wichtigsten Branchen in Polen, wie Wojciech Chatys, Senior Consultant bei der Polish Investment and Trade Agency, erläuterte. Der am schnellsten wachsende Exportsektor sind Bauelemente wie Türen, Fenster und Fassadenelemente. Über 30 Prozent der polnischen Exporte in diesem Bereich gehen nach Deutschland.

In Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs hat sich das Stadtbild in Metropolen wie Breslau, Krakau oder Warschau rasant verändert, und die Verkehrsinfrastruktur wurde massiv modernisiert. Es wurde und wird nach wie vor viel gebaut. Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit ergeben sich nicht zuletzt im Bereich nachhaltiges und energieeffizientes Bauen neue Möglichkeiten – dies- und jenseits von Oder und Neiße. Diesen Chancen, Entwicklungen und Tendenzen widmete sich das vom OAOEV organisierte

Forum „Bauen in und mit Polen“ im Rahmen der internationalen Fachmesse bautec 2020 in Berlin.

„Saubere Luft“ für Polen

In Polen eröffnen sich insbesondere im Hinblick auf den von der EU angekündigten Green Deal Geschäftsmöglichkeiten etwa beim energieeffizienten Umbau von oder der Nutzung erneuerbarer Energien in Gebäuden. Bereits im Jahr 2018 hat die polnische Regierung das Programm „Saubere Luft“ ins Leben gerufen. Umgerechnet rund 25 Milliarden Euro werden für Maßnahmen zur Verfügung gestellt, die die Energieeffizienz fördern. Das Programm ist eine Reaktion auf die schlechte Luftqualität im Nachbarland, in dem Energieversorgung und Heizen nach wie vor stark auf Kohle basieren. Zudem soll massiv in Schiene, Straße und einen neuen Zentralflughafen investiert werden. Das Volumen der Infrastrukturprojekte beläuft sich auf mehrere Milliarden Euro.

Ryszard Wnuk und Piotr Nowakowski von der Polnischen Energieagentur (KAPE) machten die rund 30 Teilnehmer der Veranstaltung auf die mit der Energieeffizienz und dem Ausbau der Solarenergie verbundenen Chancen in Polen aufmerksam. Die Anforderungen an die Energieeffizienz in Gebäuden stiegen, und der Nachholbedarf in Polen, etwa bei der thermischen Moder-

nisierung des Gebäudebestands, sei enorm. KAPE beziffert die Kosten dafür bis 2050 auf über 100 Milliarden Euro, die zum Teil aus EU-Programmen gedeckt werden sollen. Nowakowski zeigte das Potenzial auf, dass der Einbau von Photovoltaik-Systemen in Polen böte. Hier kooperiert die KAPE im Rahmen des EU-Heroes-Programms, das die Installation von gemeinschaftlichen PV-Systemen fördert, unter anderem mit der Deutschen Energieagentur (DENA). 2019 sei die installierte Kapazität in Polen von 0,5 auf 1,2 Gigawatt mehr als verdoppelt worden.

Bauten aus Leichtmetall und Holz

Im Anschluss präsentierten polnische Unternehmen, die auf dem deutschen Markt aktiv sind, ihre Expertise im nachhaltigen Bauen. Unter dem Slogan „Wir bringen Sie schneller nach Hause“ bietet etwa die Firma eco modula ultraleichte Rahmensysteme für den Hausbau an. Der große Vorteil der Technologie besteht in der Schnelligkeit und den niedrigen Kosten. Der Rohbau für ein sechsstöckiges Hotel wurde mit sechs Fachkräften in weniger als 20 Tagen fertigstellen. Auf energiesparende Holzhäuser hat sich die Firma Golbalux spezialisiert. Die Firma Enprom bietet Deutschland Hilfe im Bereich der Energiewende an. Das polnische Unternehmen baut Hochspannungsleitungen und damit die hierzulande dringend erforderlichen Stromtrassen.

Polnische Firmen präsentierten sich mit ihrer Expertise eindrucksvoll als Partner für die deutsche Wirtschaft beim nachhaltigen Bauen. Zwischen Deutschland und Polen eröffnen sich im Baubereich zahlreiche Chancen und „grüne Perspektiven“. Der Green Deal kann kommen.

Adrian Stadnicki

Regionaldirektor Mitteleuropa im OAOEV

OAOEV in Kürze

Klausurtagung des OAOEV-Vorstands

Im Rahmen einer Klausurtagung Mitte Februar in Berlin beschloss der Vorstand des OAOEV unter anderem die Einrichtung von zwei neuen Arbeitskreisen zu den Themen Energie/Nachhaltigkeit und Fachkräfte. Damit sollen die wirtschaftlichen Chancen in Mittel- und Osteuropa durch die Umsetzung der EU-Klimaschutzziele sowie Antworten auf den durch Geburtenrückgang und Abwanderung verschärften Mangel an Fachkräften in vielen Ost-Ausschuss-Ländern gefunden werden. Den Arbeitskreis Energie und Nachhaltigkeit wird Christian Bruch, Vorstandsmitglied der Linde AG und Mitglied im OAOEV-Vorstand, leiten.

OAOEV baut Social-Media-Angebot aus

Der OAOEV baut sein Social-Media-Angebot weiter aus. Seit Februar ist der Verband nun auch in den beruflichen Netzwerken LinkedIn und Xing mit einem Unternehmensprofil präsent und veröffentlicht dort aktuelle Informationen. Interessenten können dem OAOEV folgen und werden dann als Follower über aktuelle Neuigkeiten informiert.

Infoveranstaltung zu Aserbaidschan

Anfang Februar fand in Frankfurt eine Informationsveranstaltung zu Marktentwicklung und Geschäftschancen für deutsche Unternehmen in den Bereichen (nachhaltige und vernetzte) Mobilität, Logistik und Infrastruktur in Aserbaidschan statt. Bondacon international führte die Veranstaltung im Rahmen des BMWi-Markterschließungsprogramms für KMU zusammen mit dem OAOEV, der AHK Aserbaidschan, GTAI und Rödl & Partner durch. Rund 20 Unternehmen tauschten sich über Investitionsmöglichkeiten, Infrastrukturprojekte und die Reformagenda der Regierung aus. Die Unternehmensdiskussion zur Geschäftspraxis in Aserbaidschan wurde von OAOEV-Mitarbeiterin Petya Hristova moderiert.



Wechsel in der Geschäftsführung

OAOEV-Geschäftsführerin Ute Kochlowski-Kadjaia hat zum 1. März 2020 den Verband verlassen und wird neue Aufgaben in Osteuropa übernehmen. „Die enge Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen war ein prägender Teil meines Berufslebens. Ich freue mich jetzt darauf, die Perspektive noch einmal zu wechseln und gleichzeitig mein Engagement für Osteuropa aktiv fortzusetzen“, sagte Ute Kochlowski-Kadjaia. Die bisherigen Projekte und die Zuständigkeiten für die Regionaldirektionen Mittel- und Osteuropa sowie Osteuropa/Südkaucasus werden

von Michael Harms als Vorsitzendem der OAOEV-Geschäftsführung mit übernommen.

Der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes dankte Ute Kochlowski-Kadjaia für ihren „großen, persönlichen Einsatz“ für den Verband und die 29 Partnerländer des OAOEV. „Mit viel Herzblut hat Frau Kochlowski-Kadjaia über Jahrzehnte Brücken zu unseren osteuropäischen Nachbarn und Partnern gebaut, über die dann Unternehmer gehen konnten, um erfolgreich Projekte umzusetzen.“ Zudem war der „historische Zusammenschluss von Ost-Ausschuss und Osteuropaverband, der 2017 vorbereitet und im Frühjahr 2018 erfolgreich abgeschlossen worden ist, dank Ihrer Kooperation in der Form möglich.“ Ute Kochlowski-Kadjaia war seit 2013 zunächst für den Ost- und Mitteleuropa Verein OMV (später Osteuropaverband) als Geschäftsführerin tätig und hat diese Position dann nach dem Zusammenschluss 2018 auch im OAOEV ausgefüllt.



Der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes absolvierte Anfang Februar seinen Antrittsbesuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Dabei wurden aktuelle Themen der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa diskutiert.

Dossier zum Corona-Virus

Das Corona-Virus (Covid-19) wird zunehmend auch in den 29 Partnerländern des OAOEV zum Thema. Auch dort treten zunehmend Infektionen auf, auf die einzelne Länder bislang sehr unterschiedlich reagieren. Dies reicht von Absage von Veranstaltungen mit größerem Besucheraufkommen bis hin zu Einreiseverboten und Quarantäne-Maßnahmen. Um Ihnen allgemeine Informationen zur Ausbreitung und Gefährlichkeit des Virus an die Hand zu geben und Sie über die derzeitigen Bestimmungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu informieren, haben wir ein OAOEV-Dossier mit entsprechenden Links für die weitere Recherche zusammengestellt. Updates finden Sie ab sofort auf unserer Homepage unter www.oaoev.de

Migrationswelle von hoch qualifiziertem Personal

Der Berliner IT-Personaldienstleister EdgeCase Technology GmbH hilft Unternehmen dabei, professionelle Entwickler aus Osteuropa einzustellen. Die OÖ sprach mit Geschäftsführer Alexander Feldmann über die aktuellen Trends in Bereich Human Resources (HR).



Alexander Feldmann
Geschäftsführer
EdgeCase Technology GmbH

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen kurz vor!

Fast alle Unternehmen setzen auf die Digitalisierung ihrer Prozesse als notwendige Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, IT-Fachleute mit aktuellen Kenntnissen und Erfahrungen einzustellen. Leider ist der Arbeitsmarkt in Deutschland nicht in der Lage, den wachsenden Personalbedarf zu decken - dies ist das erste Problem. Die zweite Herausforderung besteht darin, die Kompetenzen der Kandidaten richtig einzuschätzen, um die richtige Person einzustellen, die dem Unternehmen wirklich einen Mehrwert bringen und eine Qualitätssteigerung bewirken kann.

EdgeCase löst diese beiden Probleme. Erstens finden wir weltweit hochprofessionelle Ingenieure, die nach Deutschland ziehen wollen oder bereits hier leben. Zweitens erlaubt uns unser Fachwissen in den Bereichen Entwicklung und IT, die Erfahrung der Kandidaten zu überprüfen und nur diejenigen an unsere Kunden weiterzuleiten, die die erforderlichen Qualifikationen vollständig erfüllen.

Was bieten Sie den Unternehmen konkret?

Unser IT-Hintergrund hat uns geholfen, die erste Auswahl der Kandidaten mit unserer Software fast vollständig zu automatisieren. Wir prüfen die technische Kompetenz jedes einzelnen Bewerbers, seine Sprach- und Kommunikationsfähigkeiten sowie seine Soft Skills. Falls der Kandidat nicht aus Deutschland oder der EU kommt, kümmern wir uns um Beantragung eines Visums und alle notwendigen Dokumente, um eine Arbeits-erlaubnis in Deutschland zu erhalten. So optimieren unsere Kunden die Kosten der internen Human-Resources-Prozesse, weil sie den Kandidaten schnell einsetzen können.

Welche Bedeutung hat Osteuropa für ihr Unternehmen?

Historisch gesehen hat Osteuropa seit Sowjetzeiten eine starke technische Hochschulausbildung, deshalb arbeiten wir mit führenden technischen Universitäten in der Ukraine, Russland und Belarus zusammen. Angesichts der derzeit nicht sehr einfachen wirtschaftlichen Situation in vielen Ländern Osteuropas gibt es eine Migrationswelle von hoch qualifiziertem Personal nach Westeuropa, insbesondere nach Deutschland. Wir helfen aussichtsreichen Kandidaten, eine angemessene Stelle in führenden deutschen Unternehmen zu finden.

Wie verändert die Digitalisierung den Ansatz bei der Rekrutierung?

Das ist eine sehr gute Frage. Je größer das Unternehmen ist, desto schwieriger ist es, sich den Realitäten anzupassen und die internen Prozesse zu verändern. Zunächst einmal geht es um die Sprachkenntnisse. Da das Angebot deutlich übertreffende große Nachfrage nach IT-Personal hat eine Situation entstehen lassen, in der Unternehmen die Beherrschung der deutschen Sprache als zwingende Voraussetzung für den

Kandidaten fallen lassen müssen. Nach unseren Schätzungen sind unter den Unternehmen mit offenen Stellen im IT-Bereich 15 Prozent bereit, eine Person ohne Deutschkenntnisse einzustellen. Wir sind sicher, dass der Anteil in den nächsten fünf bis sieben Jahren weiter zunehmen wird. Aus diesem Grund entwickeln wir ein eigenes Startup (HireBacker.com). Das ist ein Marktplatz für Ingenieure aus aller Welt und deutsche Unternehmen mit offenen Stellen.

Welche Trends sehen Sie im HR-Bereich in Zukunft?

Obwohl die „Künstliche Intelligenz“ immer populärer wird, sind die Automatisierungstools noch nicht so populär. Wir glauben aber, dass sich dieser Trend im Jahr 2020 weiter entwickeln wird. Und der Anteil der befristeten Verträge und der Fernarbeitnehmer wird steigen. Das Employer Branding wird an Bedeutung zunehmen. Untersuchungen von LinkedIn zeigen, dass 75 Prozent der Stellenbewerber ihre eigenen Untersuchungen zur Marke und zum Ruf des Arbeitgebers durchführen, bevor sie auf eine offene Stelle reagieren.

Welche Erwartungen haben Sie an Ihre Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss - Osteuropaverein?

Der Ost-Ausschuss - Osteuropaverein arbeitet aktiv an der Herstellung professioneller Verbindungen zwischen ost- und westeuropäischen Unternehmen. Wir freuen uns auf die aktive Teilnahme an den Veranstaltungen, da es für uns wichtig ist, die aktuellen Bedürfnisse der Mitglieder zu diskutieren, und hoffen, dass unsere Expertise hilfreich sein wird.

Die Fragen stellte
Christian Himmighoffen

Zwei Magazine – ein Thema: Automobilindustrie und die Zukunft der Mobilität. Autonomes Fahren, Vernetzung, Klimaneutralität: Neue Technologien und Konzepte für eine Branche im Wandel. Von Ost- europa bis China.

Titelthema Automobilindustrie und Mobilität:
OstContact 2/2020 und ChinaContact 1/2020

shop.owc.de



Impressum

Herausgeber:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e. V.
Breite Straße 29, D-10178 Berlin
Telefon: +49 30 206167-116
Fax: +49 30 2028-2452
Vorsitzender der Geschäftsführung:
Michael Harms

Redaktion:

Andreas Metz (ViSdP),
Christian Himmighoffen
Telefon: +49 30 206167-122
Fax: +49 30 2028-2577
C.Himmighoffen@bdi.eu
Redaktionelle Mitarbeit:
Monique Stender, Alexandra Majorov

Verlag:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: +49 30 615089-0
Fax: +49 30 615089-29
info@owc.de, www.owc.de
Geschäftsführender Gesellschafter:
Ulf Schneider

Anzeigen:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: +49 30 615089-0
Fax: +49 30 615089-29
anzeigen@owc.de

Erscheinungsweise:

6 x jährlich (zweimonatlich)

Abonnement:

Die Osteuropa-Informationen können nur
gemeinsam mit der Monatszeitschrift
OstContact bezogen werden. Der Preis für
das Jahresabonnement beträgt für beide
Publikationen zusammen Euro 120,00, zzgl.
7 % MwSt., Auslandsversand zzgl. Porto.

Abonnement-Service:

Leserservice OST-WEST-CONTACT
65341 Eltville
Telefon: +49 6123 9238-257
Fax: +49 6123 9238-244
leserservice-owc@vuserice.de

Gerichtsstand:

Amtsgericht Charlottenburg
HRB 170362 B

Druck:

Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG,
Detmold

Erscheinungstermin:

März 2020

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
übernimmt trotz größter Sorgfalt keine
Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit
der weitergegebenen Informationen.

“The Rise of Authoritarianism in the Western Balkans”



Von Florian Bieber

Dieses Buch ist ein absolutes Muss für alle Interessierten und Kenner der Länder des Westlichen Balkans. Florian Bieber analysiert auf hervorragende Weise die Entwicklungen dort und in Kroatien, die bis hin zu verschiedenen Ausprägungen „stabilokratischer“ Verhältnisse in der Region geführt haben. Auf sehr anschaulicher Weise wird die demokratische Stagnation des letzten Jahrzehnts untersucht und in Zusammenhang gesetzt mit der Rolle externer Akteure, insbesondere der EU, die auf unterschiedliche Weise als Legitimierung autoritärer Regierungsführung ge- und benutzt wird. Erneut zeigt sich Bieber mit dieser Analyse als exzellenter Kenner der Region, der auch Länder wie Montenegro oder Nordmazedonien, die in der Regel weniger Aufmerksamkeit im akademischen und journalistischen Diskurs erfahren, detailliert, aber dennoch fokussiert betrachtet. Eine absolute Empfehlung für all diejenigen, die sich für Länder des Westlichen Balkans interessieren. (Am)

170 S. | 39,86 Euro
Palgrave Macmillan 2020

Der Balkan im 20. Jahrhundert – eine postimperiale Geschichte



Von Oliver Jens Schmidt

Mit diesem Buch hat Oliver Jens Schmidt, Professor für Geschichte Südosteuropas an der Universität Wien, ein Werk vorgelegt, das die Geschichte des Balkan aus einem neuen und interessanten Blickwinkel beschreibt. Mit dem Ansatz, explizit auf das postimperiale Erbe der Region und dessen Wirkungen für die spätere Nationalstaatsbildung zu schauen, ergeben sich neue und aufschlussreiche Erkenntnisse, die so manche Probleme der politischen Systeme heute in einem anderen Licht erscheinen lassen. Zugleich macht dieser Blickwinkel es möglich, über die Brüche im vergangenen Jahrhundert hinweg dennoch Kontinuitäten sichtbar zu machen und aufzuzeigen. Ganz sicher zählt dieses Buch nicht zu den ersten Empfehlungen für eine entspannte und leichte Urlaubslektüre. Für den geeigneten Leser aber, der sich für die Geschichte Südosteuropas und insbesondere des Balkans interessiert, ist es eine spannende Lektüre. (Qu)

336 S. | 39,00 Euro
Kohlhammer 2019

Die deutsche Diplomatieforschung und Osteuropa



Darstellungen zu den deutschen amtlichen Auslandsbeziehungen sind sehr selten, weil es eine systematische Diplomatieforschung in Deutschland nicht gibt.

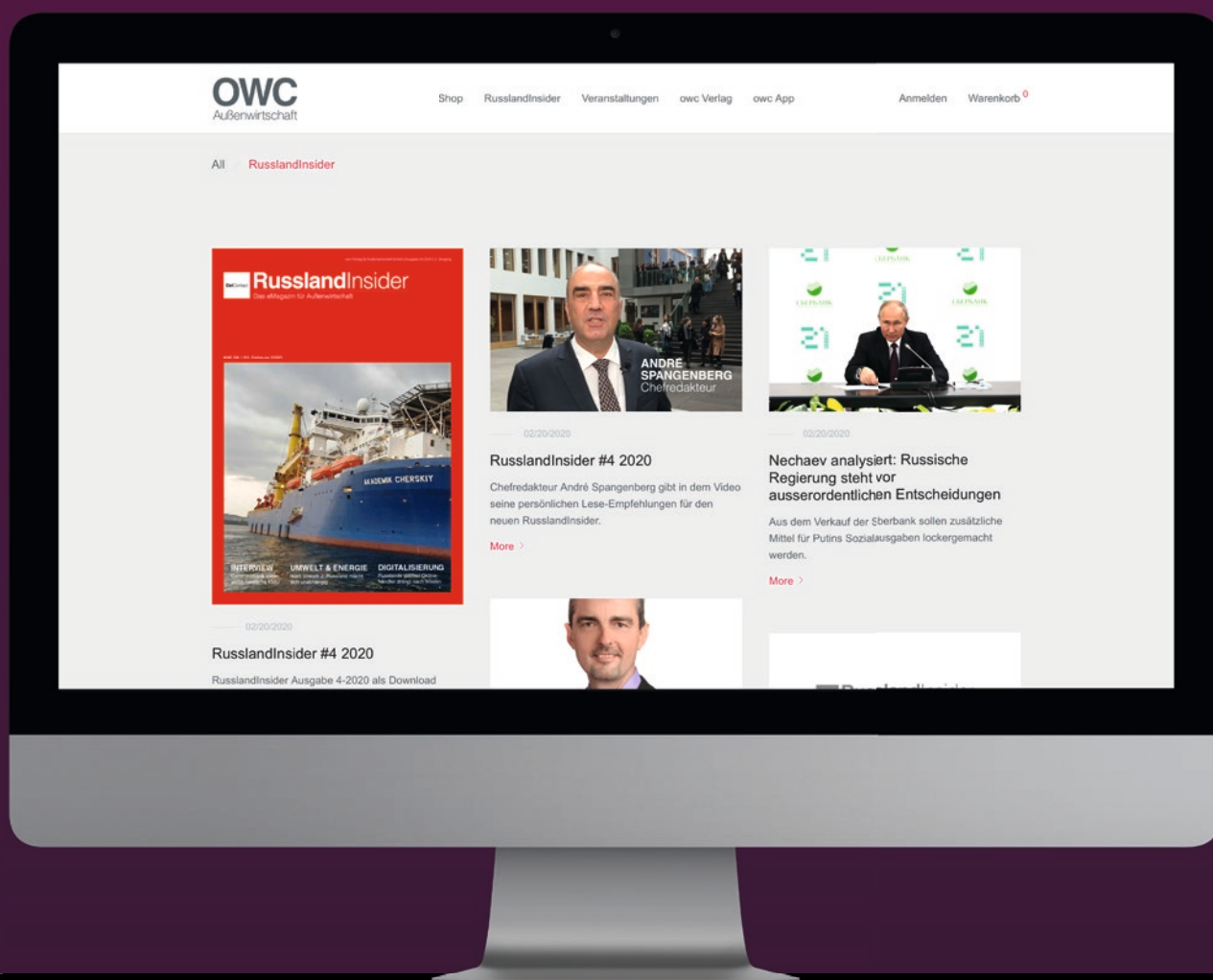
Zeitnah mit dem hundertjährigen Jubiläum der Neu- bzw. Wiedergründung osteuropäischer Staaten realisierten Matthias Dornfeldt und Enrico Seewald in den Jahren 2017 bis 2019 eine ganze Reihe von bilateralen Diplomatiegeschichten. Die Publikationen gingen aus Kontakten zum Auswärtigen Amt und zur Diplomatie hervor, die die beiden Autoren im Rahmen von Seminaren zu den Methoden der Diploma-

tie unter anderem an der Technischen Universität Chemnitz und der Universität Potsdam knüpften. Die Projekte wurden über die jeweiligen Botschaften oder Außenministerien finanziert. Inzwischen sind Publikationen zu den deutschen diplomatischen Beziehungen mit Litauen, der Ukraine, der Slowakei, Georgien, Albanien und Belarus erschienen. Die nächsten Studien befassen sich mit den Beziehungen zu Aserbaidschan und Polen.

Die Publikationen sind bei Matthias Dornfeldt erhältlich:

dornfeldt@web.de

Ihr 2-wöchentlicher Blick „inside“ Russland.
Informativ, hintergründig, praxisorientiert.
Für Ihren Geschäftserfolg in Russland und Osteuropa.



MINDS OF ENGINEERS. PIONEERS AT HEART.

Aus Wintershall und DEA wurde Wintershall Dea.
Wir sind das führende unabhängige Gas- und
Ölunternehmen Europas. Wir suchen und fördern
Erdgas und Erdöl – weltweit. Verantwortungsvoll
und effizient. Denn wir sind Ingenieure und Pioniere
von ganzem Herzen – zusammen seit 245 Jahren.

wintershallda.com



wintershall dea